



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

70 (11.2.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332247](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332247)

# General-Anzeiger



Abonnement:

20 Pfennig monatlich,  
Vierteljahr 60 Pf., monatlich,  
durch den Post bez. incl. Post-  
zuschlag 75. 6. 18 pro Quartal.  
Einzel-Nummer 5 Pf.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

Telegraphen-Adresse:

„Journal Mannheim“

Telefon-Nummern:

Direktion u. Buchhaltung 1449

Druckerei-Bureau (An-  
nahmen, Druckarbeiten) 841

Redaktion . . . . . 877

Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . . . 818

## Badische Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung.

Täglich 2 Ausgaben

(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros

in Berlin und Karlsruhe.

Gelieferte und verbreitetste Zeitung

in Mannheim und Umgebung.

Schluss der Inseraten-Aannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 70.

Dienstag, 11. Februar 1908.

(Abendblatt.)

### Zuckerkonvention und Zentrum.

Zur Reichstags-Sitzung ist heute in dritter Lesung die Zusatzakte zur Brüsseler Zuckerkonvention genehmigt worden. Eine parlamentarische Abstimmung, die ebensowohl von großer wirtschaftlicher wie allgemein politischer Bedeutung ist. Einmal ist die Fortdauer der Konvention auf mehrere Jahre gesichert, da auch in den übrigen beteiligten Staaten mit der erfolgten oder bald erfolgenden Zustimmung der Parlamente zu rechnen ist. Welche wirtschaftliche Bedeutung das hat, ist erst unlängst wieder in dem seinerzeit mitgeteilten Telegramm der Magdeburger Handelskammer an den Reichstagskanzler auseinandergesetzt worden. Beim Fall der Konvention würde die Konkurrenz des russischen Zuckers auf dem Weltmarkt ohne Schranken bleiben. Der jüdische Wettbewerber der einzelnen Länder würde durch Gewährung von Ausfuhrprämien von neuem entsefelt und es würde damit endlich eine vollständige Unsicherheit in das ganze Zuckergerberie gebracht werden.

Nach der allgemein politischen Seite hin besteht die Bedeutung der Abstimmung darin, daß sie erfolgt ist unter Ausschaltung des Zentrums. Eine finanzpolitische Aktion des Blochs, die ohne das Zentrum glückte. Man versteht, daß die Zentrumspresse sie heute eine Komödie nennt.

Die Zusatzakte hat bekanntlich durch manche parlamentarische Fährnisse hindurchgeführt werden müssen. In der Frage der Zuckersteuer, deren Herabsetzung von 14 auf 10 M. man zur Bedingung der Fortdauer der Konvention machen wollte, lagen die Schwierigkeiten, und zwar auch hier, weniger in der Sache selbst als in der Form. Ueber die Notwendigkeit der Herabsetzung selbst waren die Parteien einig. Es sind dann die verschiedensten Anträge auf Ermäßigung der Zuckersteuer gestellt worden, sie führten zu den verschiedensten Parteikonstellationen. Endlich einigten sich die Blochparteien, Rechte, Nationalliberale und Freisinn auf folgenden Gesetzentwurf:

Artikel 1. Die Zuckersteuer wird vom 1. April 1908 ab auf 10 M. von 100 Kilogramm Reingewicht herabgesetzt, sofern sich dahin Gesetze zustande kommen, die eine Erhöhung der eigenen Einnahmen des Reiches um mindestens 88 Mill. M. jährlich begründen. Solche Gesetze erst nach dem 1. April 1909 zustande, so erfolgt die Herabsetzung der Steuer gleichzeitig mit deren Inkrafttreten.

Artikel 2. Dieses Gesetz tritt gleichzeitig mit der in Brüssel am 28. August 1907 vollzogenen Zusatzakte zu dem Vertrage über die Behandlung des Zuckers vom 5. März 1902 in Kraft.

Die Regierung stimmte diesem Antrage zu, die Zusatzakte zur Konvention wurde ohne Widerspruch angenommen, der Steuerantrag gegen Zentrum und Sozialdemokratie. Herr Spahn erklärte, das Zentrum könne nicht zustimmen, da die Aussichten auf eine Finanzreform noch in dieser Session vollkommen gescheitert seien, es sei also keine Deckung für den Ausfall der Zuckersteuer vorhanden. Die Freisinnigen aber erklärten, vor allem müsse die Konventionenpolitik gesichert werden, in dem Antrage liege ein wirksames

Compelle auf Erfüllung der Regierungszusage. Herr Baasche konnte schon bei der zweiten Lesung erklären, es sei ein unnötiger Konflikt zwischen Regierung und Reichstag vermieden worden.

Der Bloch hat also mit der Regierung eine wirtschaftlich bedeutungsvolle, gesetzgeberische Aktion vollbracht, an der das Zentrum nicht teilnahm, die gegen seine Stimmen geschah. Zuckerindustrie und Zuckerhandel und die mit ihm verbundene Landwirtschaft können mit Ruhe den nächsten Jahren entgegensehen. Der Bloch hat ein Gesetzgebungswort zur Verabschiedung gebracht, das unzweifelhaft großen Erwerbsständen von Nutzen ist und sein wird. Aus allen diesen Gründen hat natürlich die Zentrumspresse die Aufgabe, diese Blochleistung nach Möglichkeit herabzusetzen. Unheil, das aus ihr entspringen werde, zu prophezeien, und das Zentrum als den einzig wahren Hüter des nationalen Ansehens des Reiches zu breiten. Die „Köln. Volksztg.“ erfüllt diese dankbare und nützliche Aufgabe in einem langen Artikel. Es wird behauptet, der Bloch sei umgefallen, er habe sich mit einem „Schlagerstück“ begnügt, mit einem Gesetz, welches die Ermäßigung vertritt, wenn erst andere Steuern dafür bewilligt sind;

Weshalb hat man diese anderen Steuern nicht gleich in das Budgetgesetz aufgenommen? Der Grund, weshalb man es nicht getan, ist der folgende: Die Konventionen wollten als Ersatz für den Zuckerzoll die Zigaretten- und Tabaksteuer erhöhen, die Liberalen dagegen die Einführung der Verbrauchssteuer für Kinder und Ehegatten bewilligen; doch konnte keine der beiden Parteien hierfür eine Mehrheit im Reichstage stellen, weil die Liberalen sich bis jetzt noch gegen die Zigaretten- und Tabaksteuer und ebenso die Konventionen gegen die Verbrauchssteuer für Kinder und Ehegatten wehren. Keine der beiden Minderheiten will nachgeben, aber in Regierungskreisen hofft man, daß beide Steuern bis zum 1. April 1909 von den Blochparteien bewilligt sein werden, mit einem Ertrag von zusammen 200 Mill. M. jährlich, dann soll als Belohnung die Zuckersteuer um 2 Bgr. pro Pfund ermäßigt werden. Für manden wird also dieser Beschluß des Reichstages vom 7. Februar seinen süßen, sondern einen bitteren Nachgeschmack bekommen!

Dann wird des langen und breiten auseinandergesetzt, daß die kleine Ermäßigung der Steuer nutzlos verpuffen werde. Der sichere Ausfall von 88—100 Millionen aber müsse gedeckt werden, die Blochparteien hätten sich blindlings verpflichtet, für neue Steuern aufzukommen, ohne zu wissen, was kommen werde. Das werde für manden eine schöne Lieferhaltung geben, wenn 1908 die Rechnung in Gestalt neuer Steuererlasse präsentiert werde. Das Teil des Reiches aber liegt auch gegenüber dieser neuesten verfahrenen Blochliste beim Zentrum:

Eine solche Politik will das Zentrum nicht mitmachen, es will vor allem erst wissen, welche neue Steuern als Ersatz eingeführt werden sollen, ehe es bestehende Steuern abschafft oder ermäßigt, denn wie Herr Spahn mit Recht bemerkt, können diese neuen Steuern in ihrer Wirkung weit unheilvoller sein, als die, welche aufgehoben oder ermäßigt werden soll. Das Zentrum will aber auch nicht das nationale Ansehen des Reiches durch eine weitere Vergrößerung des Defizits und der Schulden noch mehr gefährden, als dies schon durch die seit dem Frühjahr 1907 herrschende Politik bereits geschehen ist.

Wir sind auf diesen Artikel der „Köln. Volksztg.“ etwas näher eingegangen, weil es interessant und nützlich ist, dem Zentrum bei seiner fleißigen Ministerarbeit auf die Finger zu legen und sich in seine hoffnungslos verärgerte Seelenstimmung zu versetzen. An sich hätte das Zentrum, wenn es noch am Ruder gewesen wäre, vermutlich garnicht anders gehandelt als der Bloch. Die Verlängerung der Konvention stand auf dem Spiel, einen Konflikt mit der Regierung war der Fall nicht wert. Es gab schließlich wie parlamentarisch keinen andern Ausweg. Das Zentrum freilich hätte es wohl lieber gesehen, der Reichstag wäre auf dem Kommissionsantrag bestehen geblieben, der die Genehmigung der Brüsseler Konvention von der gleichzeitigen Herabsetzung der Zuckersteuer abhängig machen wollte. Dann gab es vielleicht wieder ein Konfliktchen, es kiselte vielleicht wieder ein wenig. Aus all den neuen Schwierigkeiten für die Blochpolitik, der Freude für das Zentrum, ist nichts geworden. Die Konvention wird verlängert, die Zuckersteuer wird zum 1. April 1909 sicher herabgesetzt mit ihren günstigen Folgen für Produktion und Konvention, da neue Einnahmemaßnahmen unbedingt beschafft werden müssen. Es war eine sachlich-politisch wie tattisch richtig geführte Modifikation. Das Zentrum möchte den Blochparteien bange machen mit der Rechnung in Gestalt neuer Steuern, die 1908 präsentiert werde. Wir glauben kaum, daß die Zentrumspresse das geeignete Medium ist, die Blochparteien das Gruseln zu lehren. Die Sorge, für den Ausfall von 88—100 Millionen aufzukommen, braucht wirklich nicht so schwer zu drücken, wie das Zentrum glauben machen möchte. Mit der Verpflichtung, für den Ausfall an Zuckersteuer aufzukommen, für den Einnahmehausfall Deckung zu schaffen, haben die Blochparteien auch die selbstverständliche Verpflichtung übernommen, sich über die Art der Deckung zu verständigen und nicht auf Steuern zu verlassen, die noch der nur gut gespielt, aber innerlich selbst nicht ernst gemeintem Befürwortung der „Köln. Volksztg.“ noch unheilvoller wirken werden. Der Versuch der „Köln. Volksztg.“ den Antrag vom 7. Februar zum Zwietrachtspiegel zwischen Konventionen und Liberalen in der Reichsfinanzreform zu machen, an diesem Feuer die noch vorhandenen Gegenstände in der Deckungsfrage erst recht zu entzünden, wird nicht gelingen. Es ist ein Verium der ultramontanen Presse, daß nur das Zentrum richtige Finanzpolitik treiben könne, das selbe Zentrum, aus dessen Heringschale die gegenwärtige Reichsfinanzreform stammt. Vielleicht erlebt das Zentrum noch den Schmerz, daß der Bloch die Reichsfinanzreform zu einem glücklichen Ende und das Reich aus Schulden und Defizit führt, die es nicht erst seit dem Frühjahr 1907 gibt. Die Verantwortung für den Antrag vom 7. Februar 1908 können die Blochparteien vor dem Lande ruhig tragen und das Unterfangen, sie darum vor dem Lande als schuldig und unvorsichtige Finanzpolitiker hinstellen, berührt etwas Lindlich. Das Zentrum hätte in gleicher Situation nicht anders gehandelt und nicht anders handeln können.

Die Erbitterung der Zentrumspreise über diese neueste „Komödie“ des Blochs ist übrigens wohl der schlagendste Beweis, daß er durchaus auf dem richtigen Wege war und

### Die Neubesiedlung von Ledland durch Pflanzen.

Man hat schon oft die Frage aufgeworfen, was würde aus Deutschland werden, wenn es sich nur auf hundert Jahre selbst überlassen wäre? Nur muß man, um sich über diese Frage klar zu werden, um zwei Jahrhunderte zurückgehen, in die Zeit, als die Römer bei uns eingedrungen waren. Tacitus beschreibt unser Vaterland als ein ungeheures Waldland, durchströmt von breiten, uferlosen Strömen und Flüssen, unterbrochen von ausgedehnten Sümpfen und selbst die heutigen öden Sandstriche Norddeutschlands waren von einer Buch- und Tannenvegetation bewachsen. Die Wälder bedeckten damals selbst unsere höchsten Berggipfel, die heute nur noch mit Rosen bewachsen sind. Wohin man im Schwarzwald auch kommen mag, überall hat der Wald das Bestreben, sein Terrain auszufüllen und eine Pionierabteilung von Kottannen rückt in einzelnen Individuen immer weit über die geschlossene Baumgruppe hinweg nach oben vor. Auf dem Feldberg, im Schwarzwald, stehen von der Todtnaubühlte noch ganz stämmige Bäume in kleinen Gruppen aufwärts, nur werden dieselben immer kleiner, je weiter sie sich von der schneebedeckten Waldzone entfernen. Diese einzeln stehenden Bäume haben nun einen ganz verschiedenen Habitus im Vergleich mit den Bäumen der geschlossenen Wälder der tieferen und wärmeren Gebirgsregion. Der Wuchs ist äußerst gedrungen und das Reihere ist sehr schwerfällig. Der Stamm steigt nicht mehr fenzengerade in die Höhe, wie es bei typischen Formen der Fall ist. Wellenförmig steigt er mäßig in die Höhe und die Rinde hebt nicht mehr in dem richtigen Verhältnis zur Höhe; sie ist viel zu niedrig und die Entfernung der Ästern, an welchen man die Nadeltriebe erkennen kann, stehen in ganz kleinen Abständen beieinander. Die Bestattung ist bei diesen Waldreihen oft so dicht, daß es nicht möglich ist, einen solchen Baum zu erreichen und wie ein bisher herrlich grüner Mantel wallt das ganze Äst- und Blätterwerk abwärts und der Stamm ist ganz verdeckt unter dieser Verhüllung. Die Rinde ist dick und rissig,

und löst sich in muschelförmigen Bruchstücken ab und nur während der kurzen Vegetationsperiode, wenn das junge grüne Grün erscheint, das sich von dem dunkel gefärbten Rindekleid löst, zeigt Jahre stark ab, oder wenn die gelben und roten Blätterfalten erscheinen, hat eine solche Tanne ein freundlicheres Aussehen. Somit bieten solche Bäume ein erstarrtes Pflanzenbild dar. Ist die Stämme von den Blitzen zertrümmert oder der mächtige Sturm hat den Gipfel abgebrochen; aber an Stelle der Hauptachse erhebt sich sofort ein starker Ast, diegt sich scharf nach oben und in einigen Jahren hat die Tanne wieder einen neuen Gipfel, den man an dem hochaufragigen Aussehen leicht erkennen kann. So würden sich unsere baumlosen Berggipfel im Laufe der Zeit wieder bewalden, wenn die klimatischen Verhältnisse nur einigermaßen günstiger wären.

Auch in der Kulturregion unserer deutschen Mittelgebirge sucht der Wald sich sein ihm entziffenes Gebiet wieder zu erobern. Das konnten wir im vorigen Sommer in einem Roggenfeld am Südhange des Welschens schon beobachten. Mit großer Mühe und mit viel Schwitz hatte ein Bauer einen Wald urbar gemacht. Die großen Tannen wurden gefällt und die umfangreichen Wurzelstöcke ausgerodet. Die Dornenbüsche mußten natürlich ebenfalls entfernt werden und nun vertraute der mächtige Schwarzwälder dem Boden Samenfrucht des Roggens an. Die Saat entwickelte sich ganz üppig und gezielte vorzüglich. Aber entziffene Gelände wieder erodert haben wird. Aber nicht nur die alte Pflanzenvegetation bedauerte ihr Recht; der Wind hatte aus den angrenzenden mächtigen Tannenwäldern u. von dem einzeln stehenden Berggipfel die geflügelten Samen herbeijetzt und in dem lockeren, gut vorbereiteten Boden keimten die Samen in prächtiger Weise. Es war ein ganz ungewöhnliches Pflanzenbild, indem zwischen den schlanken Roggenhalmen überall junge Triebe der Sträucher emporstiegen und an lichter

Stellen kamen die Sämlinge in großer Zahl hervor. Nur der ununterbrochenen Arbeit der Menschen gelang es, sein Ackerfeld und seine Wiesen vor der Fortwucherung durch die angrenzenden Wälder zu schützen; bleibt sich solches Gelände selbst überlassen, so findet man nach wenigen Jahren alles wieder mit Wald bedeckt und man hat keine Ahnung davon, daß hier schon wegen der Getreidefelder oder Blumengärten Wiesen in dem Dienste der Menschen standen. So geht die Besiedlung im Gebirge vor sich. Anders gestaltet sich dieser Vorgang in unserer Abnebene. Zwischen den Stationen Mannheim und Friedrichsfeld wurde in den letzten Jahren eine viele hundert Hektar große Fläche tiefer gelegt und teilweise zwei bis drei Meter erhöht. Da her ganze Boden aus einem Dünenland bestand, so wurde dadurch eine total pflanzenlose Fläche gebildet, welche von der Pflanzenwelt erst wieder neu besiedelt werden mußte. Im ersten Jahre lag dieses Neuland ziemlich öde und trostlos da und nur in großen Abständen traten wieder einzelne, einjährige Gewächse auf. Es waren meist Pflanzen, deren Samen mit einem Flugapparat versehen sind. Der Wind hatte die Samen hingetragen und nun setzten sich wieder einzelne Pflanzen, oder immer in weiter Entfernung und der öde, trockene Sand bot fast noch denselben Anblick, wie früher. Merkwürdiger Weise waren es nur drei aus Nordamerika bei uns eingewanderten Pflanzen, die sich zuerst wieder einstellten. Die eine war das bekannte Flohkraut; es ist ein Gewächs, das sich nach den Mitteilungen des alten französischen Botanikers Albin seit dem Jahre 1655 von dem botanischen Garten in Paris aus durch ganz Europa mit großer Schnelligkeit verbreitet hat, so daß es heute zu den gemeinsten Unkräutern gehört. In neuester Zeit ist diese Pflanze sogar in Durban und Natal (Südafrika) aufgefunden worden. Es ist eine einjährige Pflanze mit spindelröhriger Wurzel und steifem, aufrechtem, meterhohen von unten an stark verzweigtem Stängel. Die Blüthenrispe ist länglich, walzenförmig und die kleine, vierliche Blüte ist ganz hübsch weiß. In der Forstkultur steht man bei jungen Tannenplanten diese fremde Pflanze nicht ungenau, da sie

in der Frage der Zusage keine Finanzpolitik vertreten kann, die einer großen Industrie und der Landwirtschaft Sicherheit gewährt für die Zukunft, ohne unheilvolle Steuerwirkungen mit Notwendigkeit nach sich zu ziehen.

### Politische Uebersicht.

Mannheim, 11. Februar 1908.

#### Der Kampf um das preussische Wahlrecht.

Der sachsenpreussische Parteitag der Freisinnigen Volkspartei hat zur preussischen Wahlrechtsreform folgende Resolution angenommen:

Die Generalversammlung des sachsenpreussischen Vereins der Freisinnigen Volkspartei gibt ihrer entschiedenen Missbilligung Ausdruck über die scharf ablehnende Erklärung des Fürsten Bismarck auf den Antrag, betreffend die Einführung des Reichstagswahlrechts für die preussischen Landtagswähler. Sie erklärt darin eine Verletzung der wichtigsten Aufgaben einer wahrhaft nationalen, der Gerechtigkeit entsprechenden, die sozialen Gegensätze ausgleichenden Politik. Die Generalversammlung spricht der parlamentarischen Vertretung der Freisinnigen Volkspartei ihre Anerkennung aus, daß sie den Standpunkt der Partei mit voller sachlicher Schärfe zum Ausdruck gebracht hat, und ihr Vertrauen dahin, daß sie weiterhin ihre ganze Kraft dafür einsetzen werde, daß das allgemeine, gleiche, geheimes und direktes Wahlrecht auch in Preußen zur Einführung gelangt. Die Generalversammlung erklärt in der angelegentlichsten Weise die Wichtigkeit der Wahlrechtsreform in Preußen eine weitere nicht minder große Ungerechtigkeit und verlangt mit aller Entschiedenheit eine Neuerteilung der Wahlkreise unter Berücksichtigung der Beschaffenheit der Bevölkerung. Die Generalversammlung hat zu den Vertretern der Freisinnigen Volkspartei im Reichstag und Landtag das Vertrauen, daß sie, unbeeinträchtigt von der sogenannten Reichspolitik, nach wie vor die Grundzüge der Partei voll zur Geltung bringen werden.

Eine lebhafteste Aussprache ergab das Resultat, daß die Vertreter der Freisinnigen Volkspartei von einem Zusammengehen mit der Sozialdemokratie bei den Wahlen nichts wissen wollen.

#### Barth und Breitfeld.

Das Gebaren derer um Barth findet in der „Westdeutschen Post“, dem Publikationsorgan der Gewerksvereine von Rheinland und Westfalen, nachstehende Beurteilung:

In Zeiten, wie jetzt, muß sich die Parteipolitik bewachen. Ueber die parlamentarische Taktik kann, soweit Eingelassen in Betracht kommen, nicht nur die parlamentarische Vertretung allein entscheiden. Vor muß in dieser Richtung offenes Vertrauen entgegengebracht werden. Glaubt man, sie habe sich gehandelt, so mag man sie auf den Parteitag zur Verantwortung ziehen. Aber das Kandalisieren in der Presse und in Versammlungen ist nur in seltenen Ausnahmefällen angebracht und wirkt nie agitatorisch.

Das demagogische Treiben Dr. Breitfelds in Württemberg. Kritisiert der Stuttgarter „Beobachter“, das Organ der Württembergischen Volkspartei, auch in seiner jüngsten Nummer recht kräftig. Er macht darauf aufmerksam, daß Dr. Breitfeld die verschiedenen württembergischen Städte, in denen liberale Vereine bestehen, bereist; Heilbronn dagegen, den St. Raumanns, beziehungsweise übergeht. Aus allen Versammlungsberichten geht hervor, was die Stuttgarter Versammlung ad oculos demonstriert habe: Die von den Liberalen einberufenen Versammlungen werden durchweg zu sozialdemokratischen, und die sozialdemokratische Mehrheit drückt diesen Versammlungen ihren Stempel auf. In Stuttgart sei das durch einen Zusatzantrag und die Rede des sozialdemokratischen Abg. Keil ganz besonders scharf in Erscheinung getreten. Der Vorstand habe den Zusatzantrag zur Abstimmung bringen müssen und habe in der Versammlung nicht wagen können, die Angriffe des sozialdemokratischen Redners auf den Führer der Volkspartei, Peyer, auch nur mit einem Wort zurückzuweisen. Nur am nächsten Tage habe das dem liberalen Verein nahestehende Stuttgarter Blatt eine Vermehrung gegen die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners gebracht. Der „Beobachter“ schließt seinen Artikel wie folgt:

Es ist allerdings eine sagen wie höflich, eigensinnige Erscheinung: Die Volkspartei tritt an die „Liberalen“ drei Wahlkreise ab und wählt nur ihrer Organisation und ihren Wählerkreisen zwei Vertreter einer Parteigruppe, die, nach dem in Württemberg, außer Führern, keine erhebliche Anzahl von Mannschaften aufzuweisen hat. Und zum Dank dafür berufen dieselben Liberalen einen Mann ins Land, der, wie man es zum voraus mußte, gegen die Taktik der betreuenden Volkspartei mit den höchsten Waffen der „Eigensinnigkeit“ vorgeht, und der sich darin gefällt, seinen Beifall aus den Reihen der Sozialdemokratie zu holen. Die Liberalen haben sich weiterhin theoretisch das Ziel gestellt, auf eine Einigung aller bürgerlichen

den Garten Krimplungen Schutz gewährt. Eine zweite Pflanze, die sich ebenfalls schon mehrere Jahre zeigt, stammt ebenfalls aus Amerika. Sie heißt wegen den schmalen Blümenblättern, welche das Wirtelgebilde einfaßt, Schmalblättrig. Es ist eine viel robustere Erscheinung als das Flohkraut. Der Stengel ist bedeutend dicker und auch die Blätter, welche vor der Blütezeit eine prächtige Wollhaare bilden, sind größer und am Rande scharf gekantet. Nach Deutschland ist sie viel später eingewandert und findet sich heute schon in den meisten Ländern Europas. Auch die dritte Pflanze ist eine Nordamerikanerin. Sie führt in vielen Orten den Namen Franzosenkraut, weil sie sich in Deutschland zuerst nach den Napoleonischen Kriegen zeigte, und zwar immer an Stellen, wo französische Truppen gelagert hatten. Ihre Heimat ist in Peru (Südamerika), wo sie als gemeines Unkraut sehr häufig ist. Der Heidelberger Professor Dr. L. Schmidt gibt sie in seiner „Flora von Heidelberg“ im Jahre 1857 an Baden und an Wegen bei Schriesheim und Detersbrunn als völlig eingebürgert an. Heute ist sie fast in der ganzen Pfalz, besonders auf Kartoffelfeldern, zu finden und in der Neckar- und Oberrhein-Gebirge auf dem Lagerplatz von Sperling in großer Zahl. Diese drei Pflanzen mögen ursprünglich aus botanischen Gärten in das freie Land gelangt sein. Als sind drei Gewächse aus der großen Familie der Korbblütler und die Samen sind sehr leicht und außerdem mit einer Deckhaut versehen, sobald schon der leiseste Windzug sie mit sich führt.

Im folgenden Jahre stellen sich nun vorhandene Gewächse ein, deren Samen vielleicht durch Vögel an ihren Standorten gelangt sein mögen und im letzten Sommer waren schon mehr als 30 Pflanzenorten zu finden und die ganze obere Sandfläche wird bald wieder mit einem neuen Pflanzenkleide geschmückt sein. Auch Steinbrüche befinden sich nach und nach wieder und wenn man durch das Beckental fährt, so kann man beobachten, daß der Wald

freisinnigen Elemente hinarbeiten. In der Praxis geht die Taktik über direkt auf eine Verletzung der ihnen am nächsten stehenden größten politischen Gruppe Württembergs und eine Vermehrung aller freisinnigen bürgerlichen Elemente. Ist das auch eine verständige Politik?

#### Veihäftigung von Arbeitslosen.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat, wie durch die halbamtliche „Verl. Korr.“ dieser Tage mitgeteilt worden ist, die Behörden der allgemeinen Bauverwaltung angewiesen, „im Falle eines hervortretenden Bedürfnisses auf die Schaffung vermehrter Arbeitsgelegenheit Bedacht zu nehmen“. Herr Breitenbach trägt somit der Signatur der Zeit Rechnung, die noch keine Krise bedeutet, aber doch eine sinkende Konjunktur, und die in Verbindung mit mancherlei lokalen Störungen, Ausperrungen und Ausfällen die Zahl der winterrlichen Arbeitslosen immerhin nicht unbedeutlich vergrößert hat. Der Erlaß des Herrn Ministers bleibt also unter allen Umständen zu loben. Fraglicher schon ist, ob er weitestgehende Abhilfe verspricht. Herr Breitenbachs Verfügung ist nicht die erste ihres Reichens. Im Jahre 1894 zum Beispiel verordnete der damalige preussische Minister des Innern einen Rundschreiben an alle Kreise und Gemeinden, in dem sie auf unterschiedliche Maßregeln hingewiesen wurden, um „dem Entstehen weitverbreiteter Arbeitslosigkeit vorzubeugen und die Wirkungen eines unvermeidlichen Arbeitsmangels zu mildern“. Auch jener Erlaß war ohne alle Frage außerordentlich gut gemeint und er ging in Rücksicht und Anordnungen erheblich über das hinaus, was Herr Breitenbach jetzt im Rahmen seines Ressorts verfügt hat. Trotzdem blieben die sichtbaren Erfolge leider aus. Ob diesmal besser gehen wird?

Das Problem der periodischen Arbeitslosigkeit und ihrer Bekämpfung gehört nun einmal zu den schwierigsten unserer Volkswirtschaft überhaupt. Wie immer Staat und Kommune die Sache organisieren mögen: für eine große Zahl von Beschäftigungslosen werden passende öffentliche Arbeiten nicht ausfindig gemacht werden können; immer werden ansehnliche Grundstücke gerade der „geleiteten“ Arbeiter mindestens zeitweise unerschlossen bleiben. Wie weit eine öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung Abhilfe verspricht, läßt sich nach den spärlichen Erfahrungen, die man — vornehmlich auf schweizerischem Boden — mit ihr gemacht hat, noch nicht absehen. Hier und da aber hat die Selbsthilfe in der Form der Versicherung auf genossenschaftlicher oder gewerkschaftlicher Grundlage ganz Nützliches geleistet. Trotzdem ließen sich die Hilfsaktionen von Staat und Gemeinde doch wohl fruchtbringender und wirkungsvoller gestalten, wenn sie weniger formhaft und nicht ganz so impulsiv erfolgten. Wenn für sie ein bestimmter, logischer organischer Plan bestände. In der Beziehung scheint uns recht beachtenswert, was der Kieler Nationalökonom Professor Georg Adler im Handwörterbuch der „Staatswissenschaften“ ausführt:

Die Sozialreform wird hier darin bestehen, daß hinsichtlich fast aller weit mehr Gemeinden als bisher sich an Werke jener Art beteiligen, als auch, daß die fragliche kommunale und staatliche Sozialpolitik, die notwendig noch durch das „Bringin“ planloser Experimentierens zum Zweck der Augenblicksbedürfnisse charakterisiert wird, einigermaßen planvoll betrieben wird. Es müßte angestrebt werden, öffentliche Arbeiten, die recht gut im Winter vollführt werden können, auch möglichst in den Winter zu verlegen. Es reihe sich vielleicht schon etwas erreichen, wenn bei Beginn des Winters öffentlich ein Verzeichnis aller bereits bewilligten, aber noch nicht ausgeführten Staats- und städtischen Arbeiten gegeben würde. Ferner müßte eine staatliche Zentralstelle geschaffen werden, welche in der vorliegenden Frage den Röhren der Kommunen (von einer gewissen Größe an oder mit erheblicher Anzahlschichtigkeit) sofort untereinander als auch mit den staatlichen Behörden, die für die Beschäftigung von Arbeitslosen in Betracht kommen, verknüpfen hätte. — ohne freilich die Autonomie der Gemeinden zu verkümmern. Auf diese Weise wäre wenigstens ein wesentlicher Schritt geschehen, um die wichtigsten administrativen Stellen aus ihrer Unzulänglichkeit auszuräumen und der bisherigen Ineffizienz in der Vorbereitung öffentlicher Hilfsleistungen ein Ende zu machen. Solange nicht das zum mindesten geschieht, können wir bei der Schwere der Aufgabe des Schreibenswissens und dem Schwermut des Zuständigens in dieser Sache gar keinen Fortschritt zu erwarten.“

### Deutsches Reich.

— (Augeklöst.) Wie die „Allgemeine Zeitung“ erzählt, hat sich das vor Jahresfrist in Münster gebildete Reformkomitee deutscher Katholiken infolge der Androhung kirchlicher Strafmaßregeln aufgelöst.

— (Der Deutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe) beschloß, die Tarife im ganzen Deutschen Reich am 1. April 1910 ablaufen zu lassen. Bis zu diesem Tage sind alle Tarife zu kündigen. Von da ab soll ein einheitlicher Tarifvertrag für Deutschland, der im Ent-

weder von allen Seiten im Vornach ist und mit der Zeit werden diese höflichen, pflanzenlosen Steinwägen wieder völlig verschwunden sein. Noch eine andere Art der Kreisbildung lezter Blase kann man beobachten, die sich aber nicht so leicht erklären lassen. Wahrscheinlich beruht aber dieses plötzliche Auftreten von unbekannten Pflanzen auf der langen Keimfähigkeit vieler Samen. Im allgemeinen erkräftet sich dieselbe nicht auf sehr lange Zeit, doch sind diese Ausnahmen bekannt, über welche man sich sichtlich verwundern muß. Der bekannte Viriloreisende Schweinfurt brachte Weizenkörner mit, die er in Kambien gefunden hatte. Man stellte Weizenkörner an und es gelang wirklich, diese jahrtausend alte Samen zum Keimen zu bringen. Der Botaniker Dübanel beobachtete in einem Garten, der zugeworfen und nach 2 Jahren wieder geöffnet wurde, sofort junge Stachelweizenpflanzen aufzutauchen, trotzdem in den letzten Jahren auch nicht ein einziges Exemplar zu sehen war. Drei Monate nach dem großen Brande von London im Jahr 1666 trat die gemeine Ranke auf der Brandstätte in so großer Zahl auf, daß alle Exemplare dieser Pflanze in ganz Europa nicht hinreichend hätten, um den wüsten Schornstein zu bedecken, wie es dieses Gewächs tat. Nach dem Bombardement von Kopenhagen im Jahr 1807 bedeckte das lebrige Krautkraut im wahren Sinne des Wortes die ganze Stadt, und doch war diese Pflanze in der dortigen Gegend nur an wenigen Orten bekannt. Die Erde muß eine unabhängige Menge von Samen einschließen; so oft man Aufgrabungen vornimmt, jedoch tiefe Erdschichten an die Oberfläche gelangen, sei es auf Feld oder im Wald, oder selbst mitten in den Städten, so bedecken sich diese Wandereien mit Pflanzen und zwar treten oft Arten auf, die man vorher nur in entfernteren Gegenden gefunden hatte. Lange Zeit wollte man an eine Abzehrung glauben; allein die neuere Wissenschaft hat dieses plogliche Auftreten von fremden Pflanzen einfach auf die lange Keimfähigkeit vieler Samen zurückgeföhrt, häufig ohne einen direkten

muß allen Arbeitgeberverbänden in den nächsten Tagen zugeht, in Kraft treten.

### Badischer Landtag.

(Von unserem Karlsruher Bureau.)

2. Kammer. — 29. Sitzung.

Karlsruhe, 11. Febr.

Präsident Ehrenbach eröffnet 9 Uhr 30 Min. vorm. die Sitzung.

Am Regierungstisch Staatsminister Freiherr v. Dujah und Regierungskommissare.

Eingegangene Petitionen: 1. von zwei weiteren Gemeinderäten des Landes um Abänderung einiger Bestimmungen des Elementarunterrichtsgesetzes; 2. der Gemeinde Uffingen um Errichtung einer Gaststulle an der Bahnlinie Heidelberg—Würzburg, Uehergeben von dem Abg. Leifer; 3. der badischen Kreisrichter um Einreichung in die Gehaltsklassen der Direktoren der neuklassigen Mittelschulen und der Seminarien; 4. Beitritt der Aufsichts- und Oberaufsichtsbeamten am Groß-, Landes- und Amtsgefangnis in Mannheim zu der Petition des Beamtenpersonals beim Landesgefängnis in Freiburg um eine entsprechende bessere Einreichung in den Tarif.

Auf der Tagesordnung steht zunast die geschäftliche Behandlung des Antrages der Abg. Lehner u. Gen., die Vorsehung von Mitteln im Staatsvoranschlag zur Verbesserung der Geistlichen betr. Der Antrag wird der Kommission iberwiesen, welche den in Aussicht gestellten Gehaltsaufschlag betreffend Verlängerung des Dotationsgesetzes beraten wird.

Es folgt die Beratung von

#### Petitionen.

Abg. Dietzle (Str.) berichtet iber die Bitte des früheren Wohnarbeiters Franz Bubel von Niederschopfheim um Unterstützung. Der Kommissionsantrag, die Petition der Regierung empfehlend zu iberweisen, wird angenommen.

Abg. Leifer (natl.) berichtet iber die Bitte des zur Ruhe gesetzten Wohnarbeiters Anton Ebert in Sinsstadt um Unterstützung. Die Petition wird der Regierung zur Kenntnisnahme iberwiesen.

Abg. Wiedemann (Str.) berichtet iber die Bitte des zur Ruhe gesetzten Weidenwärters Josef Groß in Mannheim um Erhöhung seines Ruhegehaltes und um Unterstützung. Die Kommission empfiehlt bezuglich des ersten Teiles der Petition Uebergang zur Tagesordnung, bezuglich des zweiten Teiles Ueberweisung zur Kenntnisnahme, in dem Sinne, daß eine Unterstützung gewährt wird, falls sich die Bedürftigkeit herausstelle. Von den Sozialdemokraten ist ein Antrag eingekommen, den zweiten Teil der Petition der Regierung empfehlend zu iberweisen. Es sprechen in diesem Sinne die Abg. Hrig (dem.), Kramer (soz.), Supflind (soz.), während im Sinne des Kommissionsantrages sprechen Ministerialdirektor Schulz und Abg. Schmidt-Karlsruhe. Der sozialdemokratische Antrag wird gegen die Stimmen der Demokraten und Sozialdemokraten abgelehnt, und der Kommissionsantrag einstimmig angenommen.

Abg. Negr (natl.) berichtet iber die Bitte des deutschen Handwerks- und Gewerbetages bet. Einschränkung der Beteiligung von Beamten an Konsumvereinen. Die Kommission empfiehlt Uebergang zur Tagesordnung. Ein Antrag Schmidt u. Gen. ersucht die Regierung, sie möge den Staatsbeamten empfehlen, sich von den Konsumvereinen fernzuhalten. — Abg. Bing (natl.) föhrt aus, die Petition laufe auf eine Einschränkung der Rechte der Staatsbürger hinaus. Es kann freilich nicht bestritten werden, daß die Konsumvereine in den Städten die Gewerbetreibenden außerordentlich bedrücken. Während früher die Konsumvereine nur Lebensmittel verkauften, so ginge ihre Entwicklung immer mehr auf den Warenhausbetrieb hinaus. Es empfehle sich freilich nicht, mit vollzeitlichen Maßregeln in die Entwicklung der Konsumvereine einzugreifen. — Abg. Schmidt-Bretten (S. d. L.) begründet den von ihm eingebrachten Antrag. Die Konsumvereine beschleunigten die Entwicklung zum Zukunftsstaat der Sozialdemokratie. Er bitte die Regierung, falls ihr Antrag nicht angenommen werde, doch einen entsprechenden Erlaß an die Beamten hinauszugeben. — Abg. Supflind (soz.) weist auf Sachjen hin, daß eine Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine habe, ohne daß freilich die Konsumvereine in ihrer Entwicklung gehindert werden konnten. Wenn landwirtschaftliche Konsumvereine nicht gehindert würden, sollten auch die städtischen Konsumvereine nicht eingeschränkt werden. — Abg. Schmidt (Str.) redifiziert den Standpunkt der Petitionskommission.

Beweis erbringen zu können. In unserer Zeit, in welcher ein so starker internationaler Verkehr durch Schiffe und Eisenbahnwagen herrscht, geht diese Einwanderung von neuen Pflanzenarten oft ganz mechanisch vor sich. Der Wind weht viele Samenlosner, die mit geeigneten Flugapparaten versehen sind, auf die Dächer der größten Eisenbahnwagen und logert sich dortselbst unter gewisser Umständen ab. Dort bleiben sie liegen und gelangen oft schon in zwei Tagen aus der Gegend des Mittelwaldischen Meeres in das Innere von Deutschland. Erhebt sich nun wieder ein Wind, so ergreift er einen Teil der Samen und trägt sie auf die angrenzenden Felder. Aus diesem Grund findet man auch in den Hafenanlagen und in den größen Guterkontrollen der Handelsstädte so viele fremde Pflanzen und es vergeht z. B. in Mannheim kein Jahr, in welchem nicht neue ausländische Gewächse gefunden werden. Das ist nun eine sehr internationale Pflanzengesellschaft, die sich zusammen findet. Manche kommen zur prächtigsten Entwicklung, blühen und erzeugen keimfähige Samen und leben bei uns weiter, als wären sie in ihrem Vaterlande. Die meisten unterliegen aber nach kurzer Zeit den fremden Klima oder anderen Einflüssen. Deutschland würde also in kurzer Zeit, wenn es sich selbst iberlassen wäre, wieder ein unbedeutendes Wahngelbiet werden, gerade wie es urvunzliglich war. Zum Glück regen sich aber Tausende von fleißigen Händen, die immer mehr wustes Land in fruchtbares Ackerland umwandern und und wenn es dem Wald auch an manchen Stellen gelingt, die Kulturfläche wieder zu vermindern, so ist der Zuwachs in neuen fruchtbareren Flächen doch viel größer. Unsere Hausflocher werden immer mehr eingesenkt und da wo sich die Wahrschlachen befinden, ruht der Weizenwald wieder vor und liefert viel brauchbares Holz. Also wird auch auf diesen Gebiet uns der enghaltige Sieg beschieden sein.

Ein Eingriff in die Rechte der Beamten sei durchaus unzulässig. Eine Abhilfe sei nur darin zu finden, daß die Beamten förmlich Selbstkündigung begeben, um gegenüber dem Mittelstand den Grundbesitz zu wahren: leben und leben lassen. — Abg. Jhrig (dem.) hält es für geradezu erwünscht, wenn Beamte in die Leitung der Konsumvereine eintreten. Den Antrag Schmidt-Bretten bitte er abzulehnen. Nach einem Schlußwort des Abg. Meyer-Bahr und des Abg. Schmidt-Bretten wird der Antrag der Kommission gegen die Stimmen der Konser-

rativen angenommen. Abg. Jhrig (dem.) berichtet über die Bitte des Unternehmers Karl Oswald Rosenfelder in St. Georgen i. Sch. um etatmäßige Anstellung. Die Kommission beantragt, soweit die Petition die etatmäßige Anstellung wünscht, Uebertragung zur Tagesordnung, soweit sie die Erhöhung der Bezüge des Betenden wünscht Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnisnahme. Nach empfehlenden Ausführungen des Abg. Meyer-Bahr (natl.) wird der Antrag der Kommission angenommen.

Abg. Jhrig (dem.) berichtet weiter über die Bitte des ehemaligen Schutzmannes August Graf in Wübburg um Gewährung einer Pension. Der entsprechende Antrag der Kommission findet die Annahme des Hauses.

Es folgt nunmehr der Bericht der Budgetkommission über das Budget des großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Unterrichts für 1908-09; Titel VIII der Ausgaben und Mittel II der Einnahmen:

Strafanstalten.

Abg. Dr. Franke (soz.) erstattet den Bericht der Budgetkommission, dem wir folgendes entnehmen:

Gegen Ende der nächsten Budgetperiode wird das neue Landesgefängnis in Mannheim in den bis dahin fertiggestellten zwei Zellentrakten bezogen werden. Es wird durch diesen Akt ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte des badischen Gefängniswesens zum Abschluß gebracht. Auch die letzte der großen Zentralstrafanstalten ist dann nach dem Prinzip der Einzelhaft eingerichtet. Bis zum Anfang des vorigen Jahrhunderts galt für Baden am weitesten noch die päpstliche Palastgerichtsordnung des Kaisers Karl V., die ein funktionsloses System von schweren Leibesstrafen aufstellte. Durch das Gesetz vom 25. November 1831 wurde die körperliche Züchtigung abgeschafft. Im Jahre 1845 wurde der Strafvollzug für das Männerzuchthaus zu Bruchsal gesetzlich angeordnet. Die Einzelhaft wurde grundlegend eingeführt, und das Gesetz vom 13. Juli 1866 behandelte die Anwendung der Einzelhaft auch auf die Frauen aus. Durch das Gesetz vom 3. März 1868 wurde die Individualität der Einzelhaft bei jugendlichen Häftlingen erheblich erweitert. Die dringend wünschenswerteste einheitliche Regelung des Strafvollzugs für das ganze deutsche Reich ist bisher nicht gelungen. Es gibt in Baden — abgesehen von dem Festungsgefängnis in Kehl — drei Arten von Strafanstalten: 1. Die Amtsgefängnisse. Sie dienen als Untersuchungsgefängnisse, fernher zur Verbüßung der Haftstrafen (auch Zivilhaft) und der Gefängnisstrafen bis zu einem Monat. 2. Die Kreisgefängnisse in Konstanz, Offenburg, Kehl, Waldshut zur Verbüßung von Strafen von 1 bis 4 Monaten. 3. Die vier Zentralstrafanstalten Männerzuchthaus Bruchsal, Landesgefängnis und Weibstrafanstalt Bruchsal, Landesgefängnis Freiburg und Landesgefängnis Mannheim dienen zur Vollziehung der Zuchthausstrafen und der Gefängnisstrafen über 4 Monate. Die Gefängnisstrafen über 1 Monat gegen Jugendliche werden in dem Landesgefängnis Bruchsal, Abteilung für Jugendliche, verbüßt; die gegen Frauen erlassenen Freiheitsstrafen über 1 Monat werden in der Weibstrafanstalt Bruchsal vollzogen.

Im ordentlichen Etat für 1908 und 1909 werden für beide Jahre 2.129.000 Mark verlangt, was gegenüber der verfloßenen Periode des Budgets eine Mehrsumme von 97.364 Mk. ergibt. Diese ist zurückzuführen: auf die Abschaffung der militärischen Bewachung der Strafanstalten, auf die Erhöhung der Gehaltsmittelpreise und auf die Anbahnung der Zentralstrafanstalt in Mannheim. Durch die Uebernahme der Bewachung, welche seitdem durch das Militär ausgeführt wurde, wird eine Vermehrung des Aufsichtspersonals um vorläufig 10 Mann nötig fallen. Die Dienstverhältnisse der Aufseher bilden den Gegenstand eingehender Besprechung in der Kommission. Diese beschloß, an die Großh. Regierung das Ersuchen zu richten, es möge den Aufsehern, welche an dienstfreien Tagen sich außerhalb aufhalten, allgemein gestattet werden, ohne besondere Erlaubnis Zivilkleidung anzulegen. Was den Wunsch des Personals betrifft, während der dienstfreien Zeit auch am Orte der Strafanstalt in Zivilkleidung ausgehen zu dürfen, beschloß die Budgetkommission, ebenfalls einstimmig, die Großh. Regierung zu ersuchen, diese möge den Wunsch der Aufseher nochmals einer Prüfung und Erwägung unterziehen.

Im außerordentlichen Etat werden 1.139.000 M. beantragt. 80.000 Mark sind verlangt für Erhaltung eines Nischenhauses mit Dampfheizung und Einrichtung einer Riederdruckheizung im Mittelbau für das Männerzuchthaus Bruchsal. Für das Landesgefängnis in Mannheim wird die vierte Fortforderung mit 1.000.000 Mark, und für die innere Einrichtung des neuen Landesgefängnisses werden 100.000 Mark verlangt. Was der für den Neubau verlangten Summe erhalten der mit der Ueberleitung betraute Beamte, insofern der Leiter des Bauwesens einen Nebeneinkunft von je 1500 Mark. Außerdem werden aus dieser Summe die Vergütungen für die Verrechnung der Baukosten bestritten. Die Einnahmen sind für beide Jahre mit 1.970.000 Mark eingestellt. Die keine Verringerung gegen die verfloßenen Periode erklärt sich zum Teil aus dem Rückgang der Mietzinsen aus Dienstwohnungen.

Gegenüber der Absicht der Großh. Regierung, künftig die militärische Bewachung der Strafanstalten in Wegfall kommen zu lassen, erhoben sich in der Kommission zwei Bedenken: Es wurde der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß eine schwere Neubelastung des Aufsichtspersonals eintreten werde. Auf eine Anfrage, in welcher Form der bisher durch die Soldaten ausgeführte Wachdienst künftig in den Zentralstrafanstalten geordnet werden solle, gab die Großh. Regierung folgende Antwort:

Der bisher durch das Militär ausgeführte Wachdienst soll in Zukunft durch das Aufsichtspersonal in der Weise ausgeübt werden, daß sowohl die schon bestehende Nachwache im Innern der Gebäude verstärkt und vermehrt wird, als auch daß bei Nacht in den Höfen regelmäßige Aufseherpatrouillengänge eingerichtet werden. Ob es möglich sein wird, die Außenwachen auf den Bänken in Wegfall kommen zu lassen, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen.

Die Kommission hat demgegenüber den einstimmigen Wunsch ausgesprochen, daß ältere Beamte nicht zum Wachdienst herangezogen und die Außenwachen (auf den Bänken), wenn irgend möglich, abgeschafft werden mögen. Der Beschluß rechtfertigt sich durch die Rücksicht auf die Gesundheit des Personals. Die zweite Beanstandung war verfassungswidriger Natur. Entgegen der

Meinung der Regierung ist die Kommission zur Ueberzeugung gekommen, daß ein Verzicht auf das badiſche Recht, die Bestellung von Militärmannschaften zur Bewachung von Straf- anstalten zu verlangen, nur mit Zustimmung der Landstände erfolgen könnte. Die Militärkonvention vom 25. November 1870 und das Schlußprotokoll vom gleichen Tage haben beide Ver- tragcharakter. Der bekannte Staatsrechtler Laband verweist darauf, daß nach Artikel 68 Abs. 3 der Reichsverfassung den Bundesfürsten und Senaten das Recht gewährleistet ist, zu poli- zeilichen Zwecken nicht bloß ihre eigenen Truppen zu verwenden, sondern auch alle anderen Truppenteile des Reichsheeres, welche in ihren Ländergebieten dislociert sind, zu requirieren. Dieses Recht sei das notwendige Korrelat zu dem kaiserlichen Dislo- kationsrecht. Es finde Anwendung nicht nur bei Störungen der öffentlichen Ruhe, wenn die Polizeibehörden den Beistand des Militärs in Anspruch nehmen, sondern auch im Interesse der Sicherheit in gewöhnlichen Zeitverhältnissen, z. B. zur Bewachung der Strafanstalten. Die Konvention und das Schlußproto- koll wurden am 16. bzw. 19. Dezember 1870 von den badiſchen Landständen genehmigt. Ein Verzicht auf ein in der Konvention oder dem Schlußprotokoll dem badiſchen Staat vorbehaltenes Recht kann also rechtswirksam wieder nur mit Genehmigung der Landstände ausgedrückt werden. In dem Schreiben, in welchem die badiſche Regierung der preussischen Militärverwal- tung die Genehmigung ausdrückte, verzichtete dieselbe. Einem Verzicht auf das Recht hätte die Budgetkommission die Zustimmung nicht erteilt, besonders auch mit Rücksicht darauf, daß die Folgen der geplanten Veranordnung für das Aufsichtspersonal noch nicht sicher beurteilt werden können. Gegen den Versuch, unter Aufrechterhaltung des bestehenden badiſchen Rechts, vorerft die militärischen Wachen aufzuheben, wurde von der Mehr- heit der Kommission kein Widerspruch erhoben.

Der Deutsche Buchdruckerverein Kreis IV (nämlich die Bezirksvereine Mannheim-Ludwigshafen, Freiburg i. Breisgau, Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz und Pforz) richtete am 10. Dezember 1907 an die Zweite Kammer eine Eingabe, die sich gegen die Einrichtung einer Buchdruckerlei in dem Landesgefängnis zu Mannheim richtete. Der Deutsche Buchdruckerverein — Geschäftsstelle Pforz — hat am 28. September 1907 an das Großh. Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts ebenfalls eine Eingabe angelegt gleichen Inhalts anged. Eine Petition des Verbandes der deut- schen Buchdrucker (Bezirksvereine Mannheim, Freiburg, i. Br., Heidelberg, Karlsruhe, Konstanz, Pforz, Vöhring, Pforz- heim) vom 20. Januar 1908 wendet sich ebenfalls gegen die Ab- sicht der Großh. Regierung, in dem neuen Landesgefängnis zu Mannheim eine Druckerlei zu errichten. Es wird darauf verwie- sen, daß die mit Druckerarbeiten beschäftigten Gefangenen fastlich nur eine notwendige Ausbildung erhalten könnten und trotzdem zweifellos nach ihrer Entlassung verfaulen würden, in privaten Druckerleien Stellung zu erhalten. Es komme ein minderwertiges Element auf den Arbeitsmarkt. Für die Arbeiterklasse drohe eine schwere wirtschaftliche Schädigung, ohne daß für die Allgemeinheit ein Vorteil erwachse. Das Großh. Ministerium hat dem- gegenüber keine Auffassung ausführlich in einer Antwort dar- gelegt, der wir folgendes entnehmen:

Die Annahme, daß die Justizverwaltung beabsichtige, in dem neuen Landesgefängnis Mannheim eine Buchdruckerlei zu errichten und durch dieselbe einen Teil des Bedarfs an Drucksachen für die Behörden herstellen zu lassen, ist richtig. Dieser Betrieb wird jedoch keinen großen Umfang annehmen und möglichst für den Handbetrieb eingerichtet werden; nur die für einen rationellen Gefängnis- druckereibetrieb notwendigen Maschinen sollen aufgestellt werden. Die Behauptung der Petition, daß der Druckerbetrieb sich zur Gefängnis- arbeit nicht eigne, ist nicht zureichend und wird schon durch die Tat- sache widerlegt, daß nicht nur in den preussischen Gefängnissen Druckerleien eingerichtet sind, sondern daß auch in fast allen außer- deutschen Staaten, insbesondere in Frankreich, Druckerleien für den Staatsbedarf im weitesten Umfange hergestellt wurden. Es ist allerdings richtig, daß im Druckerbetrieb nicht sehr zahlreiche Gefangene beschäftigt werden können; aber gerade diejenigen Klassen von Gefangenen, die den gebildeten Ständen angehören, können im Druckerbetrieb zu Arbeiten benützt werden, welche dem Wohlfühl nach einer gewissen geistigen Betätigung entsprechen und dadurch bewirken, daß den Gefangenen die für einen erfolgreichen Wiedereintritt in das bürgerliche Leben nötige Spannkraft des Geistes nicht verloren geht. Die in der Petition zum Ausdruck gebrachte Meinung, daß das Buchdruckererwerb eine schwere ideale Schädigung erleide, wird wohl nirgends außerhalb des engeren Interessenskreises geteilt werden können, zumal sie sich in dem schroffen Gegensatz zu der geläufigeren sozialen Auffassung von der Stellung beschränkter Personen zur bürgerlichen Gesellschaft be- findet. Auch die materielle Schädigung, die das badiſche Buch- druckererwerb durch die Einrichtung der Druckerlei im Mann- heimer Landesgefängnis erleiden wird, dürfte nicht entfernt den in der Petition ausgesprochenen Befürchtungen entsprechen. Eine Verweisung staatlicher Druckerleien an die Gefängnisse wird unter keinen Umständen in weitem Umfange geschehen, als dies zurzeit schon in Preußen der Fall ist. Daß der Staat für seinen Bedarf eigene Betriebe nur in solchen Gewerben errichtet, die in der Privatindustrie nicht bezirzt sind und in denen daher von einer Konkurrenz mit dieser nicht die Rede sein kann, wird nicht durchführbar sein. Durch die Einrichtung der Druckerlei im Mann- heimer Landesgefängnis werden einige größere Firmen eine Ein- buße an finanziellen Aufträgen erleiden; bei dem stets steigenden Bedürfnis an Druckerarbeiten wird diese Abnahme aber bald wieder ausgeglichen sein und jedenfalls eine materielle Einmischung auf die Ver- hältnisse der im Druckererwerb beschäftigten Arbeiter kaum aus- üben. Auch die Befürchtung, daß im Gefängnis notwendig als Buchdrucker ausgebildet, moralisch minderwertige Elemente nach ihrer Entlassung sich zum Schaden der wehrfähigen gebildeten ge- lerten Arbeiter in das Druckererwerb einbringen, dürfte an- gesehen der Tatsache, daß in den Gefängnissen neben den gebildeten Drucker fast nur Angehörige der höheren Berufs, die in diese zurückzuführen beabsichtigt sein werden, im Druckerbetrieb zur Ver- wendung kommen, nicht in Erfüllung gehen.

Die Budgetkommission stellt schließlich den Antrag, Titel VIII der Ausgaben und Mittel II der Einnahmen zu genehmigen und über die vorliegenden Petitionen zur Tagesordnung über- zugehen.

Abg. Niebmann-Bruchsal (Bz.)

hat mit einigen Fraktionsgenossen einen Antrag eingebracht, nach welchem die Forderung von 10 Aufsehern zur Bewachung der Strafgefängnisse abgelehnt werden soll. Er befürwortet die Herabsetzung der Dienstzeit der Aufseher an den Zentralstraf- anstalten, besonders solle die Ruhezeit nach Nachmittags verlängert werden. Den Aufsehern sollte gestattet sein, während der dienstfreien Zeit auch am Wohnorte bürgerliche Kleidung zu tragen. Befürwortet sei es, daß die Regierung anstatt neue Dienstwohnungen für die Aufseher einzurichten, fünf alte Dienst- wohnungen habe eingehen lassen. Bezüglich der Buchdruck- arbeit erklärt er sich mit dem Verzichter darüber ein- verstanden; es sei nicht angängig, die Gefangenen nur mit Wägenleben zu beschäftigen. Er bitte, über die Petition der Buchdrucker zur Tagesordnung überzugehen. Die Rächenverhö-

nisse im Männerzuchthaus Bruchsal seien einer schnellen Ver- besserung bedürftig. Die Regierung solle den Affessoren Ge- legenheit geben, sich im Strafvolk umzusehen. Redner vertritt sich weiter über die Fürsorge für entlassene Strafgefangene, und begründet sodann den von ihm zur Aufhebung der militärischen Bewachung der Strafanstalten eingebrachten Antrag. Bei den großen Aufwendungen für das Militär sollte und das kleine Recht der militärischen Bewachung der Strafanstalten gewahrt bleiben.

Abg. Dr. Götner (natl.)

befürwortet eine Verlegung des Amtsgerichtsgefängnisses in Baden-Baden bez. eine durchgreifende Verbesserung des äußeren Zustandes des jetzigen Gefängnisses.

Abg. Sühling (Soz.)

spricht sich für die Aufhebung der militärischen Bewachung der Strafanstalten aus. Mit einer Mehrsumme von 5 Bfg. pro Woche auf den Kopf der Strafgefangenen sei eine Verbesserung der Kost nicht möglich.

Abg. Dr. Bing (natl.):

Aus der bisherigen Debatte läßt sich das Ergebnis fest- stellen, daß die Verwaltung unserer Strafanstalten als eine be- friedigende angesehen wird. Die Einzelwünsche bewegen sich in der Richtung einer Erleichterung des traurigen Loses der Straf- gefangenen. Die Volkvertretung ist mit der humanen Behand- lung der Strafgefangenen einverstanden. Gegenüber hyper- modernen Anschauungen muß aber betont werden, daß der bittere Ernst der Strafen nicht durch humane Maßnahmen ab- geschwächt wird. Was den von den Abg. Niebmann u. Gen. eingebrachten Antrag angeht, so waren wir in der Kommission einmütig der Ansicht, einen Verzicht auf die bürgerliche Bewachung der Strafanstalten zu machen. Sollte sich bei und die neue Ein- richtung nicht bewähren, so siehe ja nichts im Wege, zur alten Einrichtung zurückzukehren. Ein besonderes Aufseherpersonal er- scheint zweckmäßiger als die Bewachung durch junge Soldaten. Keine Freunde werden nicht geneigt sein, entgegen dem Kom- missionsantrag dem Antrag Niebmann zuzustimmen.

Abg. Wed (Soz.)

spricht zur Petition der Buchdrucker wegen der Errichtung einer Druckerlei im Landesgefängnis in Mannheim und zur Unfallent- schädigung an Strafgefangene. Die Nachwachen auf den Bänken sollten aufgehoben werden. Unwichtig sei es, in die Beschäftigung der Strafgefangenen etwas Abwechslung zu bringen.

Ministerialrat Busch

geht auf die in der Debatte geäußerten Einzelwünsche näher ein. Die Regierung sei bereit, den Wünschen der Aufseher nach Mög- lichkeit entgegenzukommen. Das Personal der Aufseher sei von Budget vermehrt worden, jedoch Erleichterungen in der Dienstzeit dieser Beamten durchgeführt werden könnten.

(Schluß des Landtags siehe 4. Seite.)

Aus Stadt und Land.

Wannheim, 11. Februar 1908.

\* Ernannt wurde Eisenbahnassistent Franz Wagner in Neunheim mit der Bezeichnung „Beirchassistent“ zum Expe- ditorenassistenten.

\* Bericht wurde Betriebsdirektor August Rieger in Rederslag zur Verlegung der Stationsverwalterstelle nach Pfullendorf.

\* Personalnachrichten aus dem Ober-Postdirektionsbezirk Karlsruhe. Angenommen: als Postgehilfe: Leopold Waler, Otto Groß in Karlsruhe. — Ernann: zu Postassistenten: die Postgehilfen Wilhelm Gerstner, Paul Deß in Heidelberg, Friedr. Meier in Gornsdorf. — Vertiebt: die Postassistenten: Georg Bühler von Pforzheim nach Karlsruhe, Gustav Demmig von Gornsdorf nach Pforzheim, Richard Kreiner von Mannheim nach Karlsruhe, Robert Schweizer von Karlsruhe nach Pforz- heim, Friedrich Wahl von Karlsruhe nach Kehl; der Tele- graphenassistent Johann Holz von Weinheim nach Karlsruhe. — Freiwillig ausgeschieden: die Telegraphengehilfen: Amalie Weber in Karlsruhe, Luise Ernst in Mannheim.

\* Die silberne Reitungsmedaille wurde dem Großherzog dem Bahnbefahrer Johann Wolf von Dettlingen verliehen.

\* Verein Frauenbildungs-Frauenklub Mannheim. Er sei hierdurch auf die morgen, Mittwoch, um 4 Uhr im „Wilhelmshof“ stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam gemacht. Herr Dr. Peters, der Mitarbeiter des hiesigen statistischen Amtes, wird über die Kellnerinnenfrage sprechen. Das Thema mag bei der Menge der weiblichen Per- sonen, die hier in Betracht kommen und bei ihrem meist trübsamen Schicksal von Interesse für die Allgemeinheit sein.

\* Die Antiklramontane Vereinigung Mannheim hielt gestern Abend im Saale des Friedrichshofs eine gabelichte Mi- tgliederversammlung ab, verbunden mit einem Vortrage des Herrn Rechtsanwalt Dr. H. Franz über das Thema: „Die Päpste als die Richter der Nation“. Seine durch zahlreiche Quellenbelege erläuterten Ausführungen haben in der gegenwärtigen Zeit der päpstlichen Modernisten-Expe- rimente ein allgemeines Interesse und seien in ihrem leitenden Gedankengang kurz charakterisiert. Der Einfluß des römischen Papstes auf das deutsche Kaiserium beginnt schon mit der Er- nennung Kaiser Karls des Großen am Weihnacht 800 durch Papst Leo III. Aus dieser freiwilligen symbolisch-idealistischen Unter- ordnung des ersten deutschen Kaisers im Sinne der Erneuerung des römischen Weltreiches auf germanisch-germanischer Grundlage begannen die späteren Päpste ihre immer weitergehenden Ansprüche und Machtbefugnisse heranzuleiten und zu entwickeln. Sie hatten in ihrem Bestreben um größere Erfolge, je schwächer noch die neue kaiserliche Machtstellung war, bis sie endlich auf dem Gipfel ihrer Macht standen bei gleichzeitiger größter Ohnmacht des Kaiseriums, worauf dann naturgemäß eine ungekehrte Ent- wicklung im Sinne der Entfaltung und Festigung der kaiserlichen Gewalt und andererseits der Beschränkung des politischen Ein- flusses des Papsttums auf sein eigentliches religiöses Gebiet erfolgte, die bis in unsere Zeiten reicht. Dies führte der ge- schichtlich wohl bewanderte Redner in klarer und sachlicher Dar- stellung im einzelnen aus. Er zeigte, wie die treulose Selbstsucht der eigennütigen deutschen Fürsten zur Zeit Heinrich IV. es dem damaligen mächtigen und herrschsüchtigen Gregor VII. er- möglichte, sich mit dem neuen gewählten Gegenpapste gegen den rechtmäßigen Herrscher zu verbünden und seinen gebietenden Einfluß bei diesen Kaiserwahlen für seine Pläne geltend zu machen, um nur solche Kandidaten anzuerkennen, welche „dignus et idoneus“ (würdig und geeignet) im Sinne der Kirche wären. Der demütigende Gang nach Konstan, welchen Heinrich in seiner Kaisergeschichte richtig nur als einen Akt rein politischer Klug- heit kennzeichnet, ist dem Schuldensinne der treulosen deutschen Fürsten zuzurechnen, die für eine treulose kaiserliche Herrschaft noch kein Verständnis hatten. Aber nicht nur die Kaiser abzu- legen, sondern auch in ihre Würde einzufügen beanspruchte nur Papst Gregor und verlangte dementsprechend vom Kaiser das

„regnum teutonicum“, des hl. römischen Reiches deutscher Nation als sein Vorfahr den Truch. Er behauptete ferner, daß das bisher unbestrittene Wahlrecht der deutschen Fürsten zur Kaiserwahl verhältnismäßig und finaliter (grundsätzlich und entscheidend) dem Papste zuzuschreiben sei, weil dieser einerseits die Kaiserwürde vom römischen Reich auf Germanien übertragen habe und andererseits als Statthalter Gottes die Welt beherrsche und das deutsche Reich dem Kaiser nur als sein Leben verleihe. Unter Innocenz III. stand dann das Papsttum auf der Höhe seiner Macht als unumschränkt gebietende Stellvertretung Gottes auf Erden, nach der herrschenden Anschauung jener Zeit. Als Probe dieser überlebenden Macht übernahm Kaiser Friedrich II. den Kaiserlichen Anspruch wieder, nämlich wie das der strahlenden Sonne zum dunklen Mond, der nur ihren Schein widerstrahlt, auch an Pfalz und Gräfe, also nach moderner Berechnung im Verhältnis wie 774 : 1 (Heiterkeit). Anknüpfend zeigte Reber dann die allmählich wachsende Macht in den Verhältnissen der beiden Gewalten im Jahrhundert dauernden Kampfe, welche schließlich nach der heftigen Tat Luthers durch die Reformation mit einer endgültigen Zurückweisung der Hierarchie auf weltlichen Boden und einer dauernden Behauptung der souveränen Monarchie endete und in dem modernen unabhängigen weltlichen Staatscharakter seinen Abschluß fand. Die eingehenden Darlegungen des aus geschichtlichen Einzelheiten angebaute längerer Vortrages, wofür der Redner großen Beifall erntete, können natürlich an dieser Stelle nicht gebracht werden. Mg.

**Kolosseum-Theater.** Mittwoch, den 12. Februar, abends 8 1/2 Uhr, findet ein interessanter Abend statt. Herr Karl Bud, der beliebte und rühmlichst bekannte Charakterkomiker hat seine geistl. Mitwirkung zugesichert. Auch sonstige vorzügliche Kräfte und die ersten Pächter des Theater-Casinos sind beschäftigt und sichern einen schönen und genussreichen Abend.

**Internationales Biograph-Theater „Germania“** Platten, D. 2. 9. Es ist nicht leicht ein Programm lymom. Vorführungen so zusammenzustellen, wie dies wieder diese Woche im „Germania-Bio“ der Fall ist. Jede Nummer verrät, daß hier der erfahrene, sein Publikum kennende Bachmann, gearbeitet hat, der bestrebt ist, das Beste vorzuführen. Von dem reichhaltigen Programm seien nur die großen hervorragenden Biegen „Diamant-Minen in Afrika“, „Die Iron des Schmugglers“, „Clown als Arzt“ und das Drama „Die beiden Waisen“ erwähnt. Niemand sollte verkümmern, die vorzüglichen Darbietungen dieses Unternehmens zu beschätzen, zumal die Eintrittspreise, angesichts des Gebotenen, sehr mäßig gestellt sind. Programmwechsel jeden Samstag.

**Die Strafkammer** beurteilte heute den Schiffsnach Ludwig Böcker aus Arheilgen, der am 6. v. Mts. in der Beckhofenstraße der Witwe Sigmund Kander die Handtasche mit 1840 M. Inhalt entriß, zu 4 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust.

**Konkurs.** Ueber das Vermögen des Ludwig Horn, Inhaber der Firma Ludwig Horn in Mannheim, M. 4. 7, wurde das Konkursverfahren eröffnet. Zum Konkursverwalter wurde H. A. Dr. Hartmann ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 6. März anzumelden. Prüfungstermin: Freitag, 20. März, vormittags 11 Uhr.

**Letzte Nachrichten und Telegramme.**

**Berlin, 11. Febr.** Die Ullsgruppe Berlin der deutschen Friedensgesellschaft hat an das Herrenhaus eine Petition gegen die Polensvorlage gerichtet. Es wird darin der Verdrüssung Ausdruck gegeben, daß die Vorlage die Gegensätze zwischen den verschiedenen Nationalitäten in Preußen verschärft und die Polen in das revolutionäre Lager treiben müßte. Es wird ferner ausgeführt, daß die Vorlage das Privatigentum in gefährlicher Weise verlege und dem Ansehen Preußens in der ganzen Kulturwelt schade.

**Paris, 11. Febr.** Prinz Eitel Friedrich feierlich heute vormittags den Invalidendoms und das im Invalidendoms untergebrachte Heeresmuseum unter Führung des Gouverneurs des Invalidendoms, General Rior. Der Prinz unternahm sodann bei prächtvollem Wetter eine längere Rundfahrt durch die Stadt. Mittags fand dem Prinzen zu Ehren ein Frühstück auf der deutschen Botschaft statt, an dem die Herren des Gefolges, Graf Clary, sowie die Herren der Botschaft teilnahmen. Die Abreise des Prinzen nach Berlin erfolgt um 1.50 Uhr nachmittags.

**Paris, 11. Febr.** Mit einer diskreten, aber würdigen und sehr eindrucksvollen Feier wurde heute das Denkmal für Scheurer-Kästner im Luxemburg-Garten enthüllt. Der Präsident der Republik, sämtliche Minister, die Präsidenten beider Häuser des Parlaments, Herr Douber, General André, zahlreiche Politiker usw., sowie die Mitglieder der Familie, waren erschienen. Nachdem die Hülle gefallen war, wurden Ansprachen gehalten. Den tiefsten Eindruck hinterließ H. „Reff. Sig.“ die Rede Clemenceaus.

**Reims, 11. Febr.** Ein hervorragender Vertreter des Baugeschäftes erklärte H. „Reff. Sig.“, daß in dieser Branche allein 700 000 Arbeiter beschäftigungslos seien.

**Sozialdemokratie und Admiration.**  
**Wien, 11. Febr.** In der österreichischen Delegation gab der Präsident Ruch seiner Entrüstung über das Attentat in Lissabon Ausdruck und ersuchte den Minister des Äußeren, dem portugiesischen Gesandten diese Kundgebung zur Kenntnis zu bringen. Die sozialdemokratischen Delegationen waren laut „Reff. Sig.“ ferngeblieben und wollen auf das Attentat in der Debatte zurückkommen.

**Bracco auf der Flucht.**  
**Marseille, 11. Febr.** Der frühere portugiesische Ministerpräsident Bracco ist heute früh mit seiner Familie von hier nach Genua abgereist.

**Das neue Portugal.**  
**Lissabon, 11. Febr.** Der Ministerrat setzte gestern abend den Text des Dekrets fest, durch das die Morinosoldaten, die an der Meuterei vor zwei Jahren teilgenommen haben, begnadigt werden. Das Dekret soll dem morgigen Ministerrat unter dem Vorsitz des Königs unterbreitet werden. Es ist H. „Reff. Sig.“ sicher, daß die Begnadigung gewährt wird und in der öffentlichen Meinung einen sehr günstigen Eindruck hervorrufen wird. Die ehemaligen Minister unter Leonco raten der Francoistenpartei, die Regierung in den Wahlen zu unterstützen.

**Lissabon, 11. Febr.** Der Gesundheitszustand des Beagressistenführers und früheren Ministers Luciano de Castro hat sich verschlechtert.

**Lissabon, 11. Febr.** Die republikanische Zeitung „El Mundo“ schreibt: Alle Elemente der Bevölkerung sind ge-

neigt, zur Ruhe und zum Frieden des Landes beizutragen, ohne, daß die republikanische Partei ihre Grundzüge und Ansprüche beiseite legt. Das Blatt wirft die Frage auf, ob die Regierung diese ausgezeichnete Gelegenheit zu benutzen versteht. Die Regierung müsse ihre Beamten verabschieden, welche die Bevölkerung gereizt hätten. Sie müsse alle freiheitsfeindlichen Dekrete aufheben, eine weitestgehende Amnestie erlassen und baldigst die Cordeswahlen ansetzen, um den Willen des Volkes zu erforschen.

**Berliner Drahtbericht.**

**Berlin, 11. Febr.** Die Affäre des flüchtigen Bankiers Friedberg, der unter Hinterlassung zahlreicher Schulden das Weite suchte, hat heute vormittags zur Verhaftung des Kassierers der Firma Friedberg, Hugo Thönte, und der Geliebten Friedbergs, eines Fräuleins Hobanatz, geführt. Die Wirtschaftlerin des flüchtigen Direktors von Bohm, Fräulein Cammerich, ist seit gestern abend verschwunden.

**Berlin, 11. Febr.** Der deutsche Landwirtschaftsrat wird am Donnerstag eine Sitzung abhalten, der auch der Kaiser beizuwohnen wird. An diesem Tage wird Professor Dr. Koch über Maßnahmen zur Bekämpfung der Viehschäden sprechen.

**Berlin, 11. Febr.** Aus Teheran wird gemeldet: Der türkisch-persische Grenzkonflikt ist als Folge gelegt anzusehen und zwar infolge der guten Dienste Deutschlands, was auch durch eine Sympathieerklärung des persischen Parlaments anerkannt wurde. Der neuernannte deutsche Gesandte, Graf Luardt, wird Ende d. M. in Teheran eintreffen.

**Berlin, 11. Febr.** Aus Paris wird gemeldet: Prinz Eitel Friedrich war heute vormittags in der Gruft Napoleons und besichtigte später das Artillerie-Museum. Darauf fuhr er nach Berlin zurück.

**Francos Blick.**

**Berlin, 11. Febr.** Aus Lissabon wird gemeldet: Franco, der in Italien und in der Schweiz Verwandte besitzt, ist gestern in Marseille eingetroffen und heute nach Genua gefahren. Nach einer Pariser Zeitung soll die Flucht Francos aus Lissabon nicht freiwillig erfolgt, sondern von dem neuen Ministerium veranlaßt worden sein. Franco sei eigentlich ins Exil geschickt worden.

**Badischer Landtag.**

(Von unserem Karlsruher Bureau.)  
**2. Kammer. — 20. Sitzung.**  
Karlsruhe, 11. Febr.

**Ministerialdirektor Buis**

fährt fort:  
Gegen den Gehoben der Personalausstufe der Aufseher muß ich mich entschieden wenden; diese entsprechen nicht dem Beamtenverhältnis. Wir sind bemüht, den Wünschen der Beamten, mit denen feste Bindung genommen ist, nach Möglichkeit entgegenzukommen. Was die Behandlung der Strafgefangenen anbelangt, so sehe ich auf dem gleichen Standpunkte wie der Abg. Buis; die Strafe muß immer als Uebel erscheinen. Den militärischen Geist unter den Aufsehern brauchen wir, weil ihn der ganze Dienst erfordert. Aus diesen Gründen hat sich die Regierung auch ungern angeschlossen, von der strengen Verpflichtung, Uniform zu tragen, abzuleben. Die Uniform muß für die Aufseher ein Ehrenkleid sein. Wenn zu der strengen Nacht, wache in den Strafanstalten die unerschrockenen Aufseher nicht ausreichen, werden auch allerdings noch junge verheiratete Leute zu diesem Dienste herangezogen; aber falsch ist es, daß diese fortgesetzt in den Strafanstalten schlafen müssen. Die Einschränkung der Dienstwohnungen ist im Einverständnis mit dem Aufseherpersonal erfolgt.

Die Gefangenenslast kann unmöglich so sein, daß den Gefangenen der Aufenthalt in der Strafanstalt genussreich ist. Die Vergleiche haben die Gefangenenslast als durchaus zureichend erklärt. Die Anregung zum Wegfall der militärischen Bewachung der badischen Strafanstalten ist von der preussischen Regierung ausgegangen; insbesondere wurde das Nachdepartement in Bruchsal beantragt. Die Rücksicht auf die Schlagfertigkeit des Heeres hat die Regierung veranlaßt, von der militärischen Bewachung der Strafanstalten abzusehen. Es ist an sich auch wünschenswert, wenn die Wachen im früheren Wachdienste von dem Aufseherpersonal befreit werden wie die Bewachung im innigen Dienste. Ein dauernder Verzicht auf die aus der Militärkonvention hervorgehenden Rechte wird hierdurch nicht geleistet. Ich glaube, daß man dauernd auf die militärische Bewachung der Strafanstalten verzichten kann. Jedenfalls möchte ich bitten, den Antrag Wiedemann abzulehnen. Ich danke dem Berichterstatter, der die Einrichtung einer Wachdruckerei im Landesgefängnis zu Mannheim als begründet angesehen hat und daß die Kommission den Antrag stellt, über die bär. Petitionen zur Tagesordnung überzugehen. Zu einem bestimmten Ergebnis, ob das alte Gefängnis in Mannheim weiter verwendet werden soll, ist es noch nicht gekommen. Die Frage der Verlegung des Amtsgefängnisses in Baden wird nochmals überlegt werden, wenn die Stadt und einen geeigneten Platz zur Verlegung stellt.

In der Gewährung der vorläufigen Entlassung sind wir außerordentlich weitgehend. Die Überwachung der entlassenen Strafgefangenen soll möglichst durch die Schutzvereine ausgeübt werden. Hieraus erhalten die Abg. Wiedemann und Dr. Frank das Schlusswort. Der Antrag Wiedemann (Fr.) die Bewilligung der angeforderten Stellen für 19 neue Gefängnisaufseher, die infolge der Aufgabe der militärischen Bewachung der Strafanstalten nötig werden, auszusuchen, mit 27 gegen 19 Stimmen abgelehnt. Für den Antrag Wiedemann stimmten nur das Zentrum und die Konservativen.

Hierauf wird die Generaldebatte geschlossen. Eine Spezialdebatte wird nicht verlangt. Die Anträge der Budgetkommission auf Genehmigung des Etats der Strafanstalten wird angenommen, ebenso der Antrag, über die Budgetverpflichtungen betr. Einrichtung einer neuen Wachdruckerei in der Strafanstalt in Mannheim zur Tagesordnung überzugehen.  
Schluß der Sitzung um halb 8 Uhr.  
Nächste Sitzung Donnerstag, 13. Febr., vorm. 9 Uhr. Budget für Kunst und Wissenschaften; außerdem der Antrag Schneider betr. Versicherung des Privatbeamten.

**Deutscher Reichstag.**

**W. Berlin, 11. Februar.**  
Am Bundesstatthalter von Bethmann-Hollweg, v. Schoen und Sigi von Armin.  
Der Präsident eröffnete um 120 Uhr die Sitzung.  
Ein Antrag Abich und Genossen wegen Einstellung des Strafverfahrens gegen den Abg. Pottjohoff (reisl. Vorg.) wird debattiert genehmigt.

Bei der dritten Beratung der Zusatzakte zur Brüsseler Föderationkonvention in Verbindung mit der Beratung des Kompromissantrages Wassermann stellt Siedelmann (Soz.) fest, daß seine Partei im Interesse der Föderationkonventionen und Produzenten für eine Herabsetzung der Steuer sei. Einen derartigen Antrag, wie der Antrag Wassermann sei, dürfe der Reichstag den Sozialdemokraten nicht bieten. Sodann wird das Gesetz angenommen.  
Bei der Beratung des Antrages Wassermann bekämpft Ledebour (Soz.) den zweiten Teil des Antrages Wassermann.  
Sachliche (reisl. Ber.) tritt dem entgegen.

Nach einer Entgegnung Ledebours wird der Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Zentrums definitiv angenommen. (Wir verweisen auf den Leitartikel in dieser Nummer.)  
Es folgt die Weiterberatung des

**Militärwesen.**

Die Beratung wird bei dem Titel Ausgaben für Artillerie, Waffenwesen und technische Institute fortgesetzt.  
Hierzu liegt eine Resolution der Budgetkommission vor, die Arbeiten für die Militärverwaltung nur aus solche Firmen zu geben, die bezüglich der Arbeitsbedingungen die gesetzlichen Vorschriften einhalten, ferner eine Festsetzung der Neuordnung der Arbeitsbedingungen in den Militärbetrieben unter Mitwirkung der Arbeiterausschüsse vorzunehmen. Ferner sollen den Arbeitern die Löhne auch für die gesetzlichen Feiertage gezahlt werden, sowie in eine Prüfung darüber eingetreten werden, ob die Löhne mindestens dem ortsüblichen Tagelohn entsprechen.

Arning (natl.) fragt über den Weidewerth, den die Militärverwaltung dem Handwerker bei der Lieferung von Material für die Offiziere bereiten.

**Berlin, 11. Febr.** In der Petitionskommission des Reichstages erklärte bei der Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes Staatssekretär v. Schoen auf eine Anfrage des Abgeordneten Erzberger wegen der Marokkooaselegenheit, es sei ihm nicht erinnerlich, daß der Reichskanzler ein Weisbuch gerade über Marokko in Aussicht gestellt habe. Ammerlin sei das Auswärtige Amt bereit, den Wünschen des Reichstages möglichst entgegenzukommen. Ebenso erklärte der Staatssekretär, daß die vom Reichskanzler mehrfach dargelegten Gesichtspunkte der deutschen Marokkopolitik nach wie vor Geltung hätten. Ferner antwortete von Schoen auf eine Anfrage Erzbergers, ob die Privatinteressen bei der Bagdabahn durch die russisch-englischen Verhältnisse geschädigt würden, daß Deutschland in Tibet, Afghanistan und Persien keine politischen Ziele habe. Nur in Persien habe es wirtschaftliche Interessen. Diese würden aber durch den Vertrag, der den Grundlag der offenen Tür ausdrücklich festsetzt, nicht geschädigt. Handel, Schiffahrt und Industrie zeigen in den letzten Jahren an der Entwicklung des deutschen Handels ein lebhaftes Interesse. Die Regierung werde die Möglichkeit der Beistimmung des deutschen Unternehmertums in Persien dauernd im Auge behalten. Hinsichtlich der Bagdabahn sei zu bemerken, daß die vom Sultan konzedierte deutsche Gesellschaft die schwierige Taurusstraße in Angriff nehmen würde. Politische Absichten und Hintergedanken lägen der Regierung bei der Förderung des Unternehmens ganz fern. Wenn man den deutschen Absichten auf Vorkriegszeit einen Rückschlag im persischen Golf oder auf die Befriedung türkischer Provinzen mit deutschem Geldbau nachhabe, so seien das spontane Kombinationen. Auch andere Mächte hätten den deutschen Charakter des Unternehmens anerkannt.

**Volkswirtschaft.**

**Jahresversammlung des Vereins von Holzinteressenten Südw. Deutschlands.**

Unter dem Vorsitz seines Präsidenten, Herrn Hermann Gimmebach-Freiburg i. B. hielt der Verein von Holzinteressenten Südw. Deutschlands am 8. Februar im Hotel Terminus zu May seine aus allen Teilen des Vereinsgebietes außerordentlich stark besuchte 9. ordentliche Generalversammlung ab, nachdem am Vorabend Kommissions- und Ausschusssitzungen stattgefunden hatten. Eine Reihe von Fortwermaltungen hatten Vertreter entsendet. Desgleichen verschiedene Handelskammern. Nach der Begrüßungsansprache des Vorsitzenden und den Erwidrerungen der Vertreter der genannten Behörden und Körperschaften gab Herr Vereinssekretär Heinrich Berger-Freiburg einen Überblick über die Tätigkeit und das Leben des Vereins im vergangenen Geschäftsjahre. Als besonders erwähnenswert wurden die Ansuchen registriert, welche eine Gründung der Einfuhrverhältnisse erhoffen ließen. Beachtenswert seien die Ansätze zur Bildung von Genossenschaften bzw. Gesellschaften zum Zwecke der Leitung des Einkaufs in gesunde Bahnen.

Der Verkehr mit den Fortwermaltungen, denen im Berichtsjahre eine Anzahl Wünsche der Holzfänger übermittelt wurden, habe gezeigt, daß man das den berechtigten Forderungen des Vereins ein verständnisvolles Entgegenkommen erwarte. Auf dem Gebiete des Verkaufswesens habe die Arbeit des Vereins einen praktischen Anteil an dem Bestreben nach Herbeiführung gesunder Verhältnisse gehabt. Das ausführende Werk der Preisnotierungen, die Wirkung der vom Verein lobfizierten Holzhandelsgebühren und die Tätigkeit des Hochschiedsgerichtes wurden noch erwähnt.

Herr Dr. Baumert-Düsseldorf referierte über das „Kattienwesen mit besonderer Berücksichtigung des Holzgewerbes“. Aufzufallen sei es, daß bei der großen Zahl von 400 Kartellen, die in Deutschland bestehen, und die häufig sprechen, daß der Kartellgedanke in Deutschland überhaupt noch entwickelt sei, die Holzindustrie bis jetzt nur mit 5 nachweisbaren Kartellen vertreten sei.

Herr C. Goldmann-Mannheim, der an Stelle des im letzten Jahre verhinderten Referenten über die bisher mit dem Verein lobfizierten Gebühre im südw. deutschen Holzhandel gemachten Erfahrungen berichtete, leitete eine Diskussion darüber ein, ob eine Berücksichtigung einiger Resolutionsanträge im gegenwärtigen Zeitpunkt angezeigt erschien. Die Erörterung führte zu einem Beschluß, an der Resolution, die sich im Allgemeinen durchaus bemerkt habe und immer größere Bedeutung für das praktische Geschäftsleben gewinne, nichts zu ändern.

Tagegen fand ein von Herrn Gust. Waber-Dinkelsbühl begründeter Antrag, daß die Mitglieder ihren Geschäftsabläufen die vom Verein lobfizierten Gebühre zu Grunde legen, sofern nicht ausdrücklich etwas anderes vereinbart werde, Annahme. Von der Einführung einer Gebühreordnung für das Hochschiedsgericht der Holzbranche, wurde abgesehen. Als Ort der nächsten Versammlung wurde Mainz gewählt. Den Verhandlungen folgte ein Festmahl im Hotel Terminus.

Sport.

V. Baden-Baden, 10. Febr. Die technische Kommission des Internationalen Renn-Komitees hat dem Wunsch der Stadtverwaltung für eine weitere Verlängerung der Dauer der Internationalen Rennen nicht entsprechen können...

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Der Bericht über den Kammermusik-Abend der Hochschule für Musik mußte wegen Raummangels auf morgen zurückgestellt werden.

Der Neubau des Historischen Museums der Pfalz, der gegenwärtig unter Gabriel v. Seibts Leitung in Speyer erstet, ist in der Bauperiode 1907 ganz wesentlich gefördert worden.

Die Helden des Drachens. Im Opernhaus zu München geht, wie bekannt, einer der königlichen Prinzen, der daneben Vorsteher einer medizinischen Klinik ist, häufig mit. Aus Nürnberg wird nun der „Art. Jg.“ berichtet, daß im dortigen Stadttheater bei den familiären Wagner-Aufführungen dieser Spielzeit ein Mitglied des Nürnberger Gemeindekollegiums, ein Schriftführer, im Drachener als erster Geiger tätig war.

Reinhardt's neue Operette „Das Mädchen für Alles“ erlebte bei ihrer Uraufführung im Münchener Gärtnerplatztheater einen kolossalen Durchfall. So liebt man in einem Münchener Blatt: Edgar Strauß hat doch wenigstens sein festes Temperament, daher keine heftige Sinnlichkeit, aber der fabelhafte Vater des süßen Mädchens ist künstlerisch und erfindertisch arm, bettelarm geworden.

Der „Salon der Dichter“. Aus Paris wird berichtet: Gleich den Malern und Bildhauern werden nun auch die jungen französischen Poeten ihren „Salon“ haben: im Grand Palais wird ihnen ein Saal eingeräumt in dem allwöchentlich ein Abend der Vorlesung einiger Werke dienen wird.

Richard Strauß hat letzten Sonntag nachmittags im Festsaal der Akademie Santa Cecilia sein erste Konzert in Rom gegeben. Er dirigierte unter enthusiastischen Ovationen seinen „Don Juan“ und „Tod und Verklärung“.

Die Direktion des Nationaltheaters in Christiania ist nach Björnsens Rücktritt dem Währigen Schriftsteller W. B. Prag übertragen worden.

Badereinskonzert in Heidelberg.

An der Spitze des Programms des gestrigen neunten Badereinskonzerts stand Schuberts unvergleichliche Humoll-Symphonie, die in ihrem zwei Sätzen einen Reichtum, eine Tiefe und Größe der Empfindung birgt, wie sie nur noch Beethoven's eigen war.

In Frau Anna Hirtel aus München lernten wir eine Interpretin kennen, welche nicht nur die kolossalen Figuren

Schwierigkeiten des Konzertes siegreich bewältigte, sondern das selbe auch geistig und musikalisch sicher beherrschte. Die lebensvollste Teile des Werkes wurden kraftvoll und energisch dargeboten, nicht weniger glücklich gelangen die zartempfindenden, poetischen Stellen, die ihren Höhepunkt in dem Gesang-Mittelstück des 2. Sates finden.

Als Dirigent einer eigenen Komposition erdient Siegmund v. Hausegger, der seine symphonische Dichtung „Wieland der Schmied“, welche ihre Uraufführung auf dem Frankfurter Tonkünstlerfest 1904 erlebte, vorträgt.

Einen Akt der Pietät gegenüber dem großen Meister von Bayreuth, dessen Währiger Todesstag ist am 13. Februar begangen, bedeutete die Aufnahme der Ouvertüre „Christoph Columbus“ in das Programm, eines Jugendwerkes Rich. Wagners, das jüngst von Felix Mottl ausgegraben und bearbeitet wurde.

Volkswirtschaft.

Getreidepreise an deutschen Fruchtmarkten.

An den kleineren deutschen Fruchtmarkten war das Geschäft im Januar laufenden Jahres etwas reger als 1907: der Umsatz stellte sich auf 211.165 Doppelcentner gegen 300.932 im Januar 1907. Roggen und Gerste wurden mehr umgekehrt als 1907, während in Weizen, Kernen und Hafer sich eine Abnahme ergab.

Eine „Preidauer Sachverhaltssache“ hat sich gestern in Freiburg konstituiert. Derselben gehören alle größeren Pflanzereien in Ettenheim, Emmendingen, Waldkirch, Breisach, Staufen, Müllheim, Neustadt und Freiburg an.

Niederösterreichische Portland-Zementfabrik A.G. Neulack an der Raxbach. Die Generalversammlung soll über die Erhöhung des Grundkapitals um 1.000.000 auf 2.1 Millionen befinden.

Die Danmüllspinnerei Unterhausen erzielte im Geschäftsjahr 1907 nach Abzug von 100.000 Mark für ordentliche und 50.000 Mark für außerordentliche Amortisation einen Reingewinn von 287.171,27 M. Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 17. März einberufenen Generalversammlung die Bildung einer besonderen Reserve von 100.000 Mark und die Verteilung von 8 Prozent Dividende auf das Aktienkapital vorzuschlagen.

Wagner Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebr. Ding A.G. in Nürnberg. Die Dividende ist wieder auf 12 Prozent zu erhöhen.

Wagner Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebr. Ding A.G. in Nürnberg. Die Dividende ist wieder auf 12 Prozent zu erhöhen.

Wagner Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebr. Ding A.G. in Nürnberg. Die Dividende ist wieder auf 12 Prozent zu erhöhen.

Wagner Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebr. Ding A.G. in Nürnberg. Die Dividende ist wieder auf 12 Prozent zu erhöhen.

Wagner Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebr. Ding A.G. in Nürnberg. Die Dividende ist wieder auf 12 Prozent zu erhöhen.

Wagner Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebr. Ding A.G. in Nürnberg. Die Dividende ist wieder auf 12 Prozent zu erhöhen.

Wagner Metall- und Lackwarenfabrik vorm. Gebr. Ding A.G. in Nürnberg. Die Dividende ist wieder auf 12 Prozent zu erhöhen.

teilt werden. — Die mechanische Treibriemenfabrik und Seilfabrik Gustav Ruz A.G. in Dresden erzielte 10 Proz. Dividende. Neue Anleihen. Die Firma Ruder u. Mäder in Hamburg hat ihren Konkurs angemeldet.

Schweizerische Lokomotiv- und Maschinenfabrik Winterthur. Auf das gegenwärtig zur Zeichnung aufgelegte 1/2prozentige Anleihen dieser Gesellschaft laufen die Zeichnungen in dem Maße ein, daß eine bedeutende Ueberzeichnung die Folge sein wird.

Der Badener Bankverein von Schröter, Hirtel u. Co. Komm.-Ges. auf Aktien, beruft eine Generalversammlung, welche auch über Erhöhung des Aktienkapitals Beschluß fassen soll.

Zum Zusammenbruch der Berliner Bankfirma Friedberg wird weiter gemeldet: Nach oberflächlicher Schätzung betragen die Schulden ungefähr zweieinhalb Millionen Mark. Hauptgläubiger sind Berliner und auswärtige Privatleute in Renteinstellung gezogen.

Ueber die Lage der Banken in Dänemark schreibt das Regierungsblatt „Dannebrog“: Unsere Banken bieten volle und hinreichende Sicherheit. Die Grundbesitzerbank sieht trotz der Unvorsichtigkeit ihrer Leitung als eine Befristung dafür da. Die Grundbesitzerbank wird, wenn die Unternehmung ihres Status stattgefunden hat, so viele gute Sicherheiten aufweisen, daß das Publikum erstaunt darüber sein wird, wie es möglich gewesen ist, dieses stark und gut eingearbeitete Bankunternehmen zur Zahlungs Einstellung zu bringen.

Finanzielles aus Belgien. Der Credit National Industriel in Antwerpen, dessen Aktienkapital 10 Mill. Francs beträgt, beschließt das letzte Geschäftsjahr mit einem Verlust von 1.888.391 Francs.

Ein Gruppe Brüsseler Banken übernahm Francis 20 Mill. 4prozentiger einjähriger Schatzscheine des Kongos Staates zu 98 1/2 Prozent.

Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with columns for 'Schluß-Kurse', 'Reichsbank-Diskont 6%', 'Wechsel', 'Eisenbahnpapiere', 'A. Deutsche', 'B. Ausländische', 'Bergwerks-Aktien'. It lists various financial instruments and their current market prices.



**Vereinsnachrichten.**

**• Desionlicher Vortrag.** Am letzten Vereinsabend der Hiesigen Theosophischen Gesellschaft sprach Herr Anton Hartmann aus Leipzig über: Die Symbolik in der griechischen Mythologie. Der Vortragende führte etwa folgendes aus: In den Sagen Altgriechenlands spiegelt sich vor allem die religiöse Anschauung der Griechen wieder, so wie sie sich in der Jugendzeit dieses Volkes entwickelt hatte. Für den, der in den tieferen Sinn der griechischen Sagen einzudringen vermag, ist es klar, daß in diesen großartigen und tiefstimmigen Lehren enthalten sind über Gott, die Welt, den Menschen, die Gesetze, welche die allgemeine Entwicklung und das Schicksal der Menschen im Besonderen bestimmen, über den inneren Zusammenhang alles Geschehens und Werdens und über den Weg, den der Mensch dahin führt, alle Kräfte seiner Seele bis zur höchsten Vollkommenheit zu entfalten. Der Einsichtige erkennt in den Sagen der alten Griechen Symbole oder Sinnbilder, welche, richtig verstanden, ein wunderbares Licht verbreiten über viele geheimnisvolle Erscheinungen in der Natur und im Menschenleben. Der tiefe Sinn dieser Symbole kann aber im Grunde durch keinerlei äußere Erklärung erschlossen werden. Den tiefsten Gehalt der Sagen und Märchen aller Völker wird nur derjenige erkennen, der sein Herz und seinen Geist ruhig zu erhalten vermag, unbewegt von Vorurteilen und Leidenschaften. Einem solchen, der innerlich still und harmonisch geworden ist und sich eins fühlt mit der ganzen Natur, lösen sich nicht nur die Mysterien, die uns in der seltsamen Welt der Sagen und Märchen begegnen, sondern die Natur selbst enthüllt sich ihm alle ihre Wunder und Geheimnisse. — Gleichzeitig seien Interessenten auf die Theosophische Bibliothek, Rheinbühnenstr. 20, 2. Stock (Reichsboten-Mittwoch von 8-9 Uhr und Sonntag von 11-1 Uhr) hingewiesen.

**• Feuerwehr-Singchor Mannheim.** Am Donnerstag, 30. Januar fand im Lokal „Hohenhausen“, Q 3, 23, die ordentliche Generalversammlung des Feuerwehrtags statt, welche einen guten Besuch aufzuweisen hatte. Der 1. Vorsitzende, Kamerad H. Keller, eröffnete um 9 Uhr die Generalversammlung und gab vor Eintritt in die Tagesordnung bekannt, daß dem Singchor ein treues Mitglied und zwar der Ehrenmitglied Phil. Kersch, Odmann und Vertrauensmann der 1. Kompagnie, welcher 42 Jahre dem Chor der Fein-, Feuerwehrtage angehört, durch den Tod entzogen wurde. Zur ehrenden Andenken an den Verstorbenen erhoben sich die Kameraden von den Sitzen. Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten. Nach Verlesung der Protokolle durch den Schriftführer, Kamerad M. Kersch, sowie Bekanntgabe des Jahresberichts der Kameraden und der erledigten Schriftstücke etc. durch den Schriftführer, Kamerad H. Kersch, gab der Kassier Kamerad Karl Wolf II. die Ein- und Ausgaben im laufenden Vereinsjahr bekannt. Hierauf folgte der Bericht der Kassenscheine durch Kamerad Oberst, welcher der Versammlung bekannt gab, daß der derzeitige Vorstand mit größter Umsicht und Sparsamkeit nach jeder Richtung hin seines Amtes gewaltet habe, zu Ruh und frommen Wohl der Feuerwehrtage. Sodann fand die Renouveau des Kameraden Robert Oberst und Christian Müller und als Ersatzmann Oberst. Kersch. Punkt 4: Jahresbericht der Feuerwehrtage im laufenden Jahr (September), wurde lebhaft besprochen und einstimmig beschlossen, das Zeit in entsprechender, dem Singchor, sowie der ganzen freiwilligen Feuerwehrtage würdiger Weise zu begehen. Kamerad Hauptmann Grünwald gab nach dem Wunsch Ausdruck, daß sämtliche possiblen Mitglieder des Singchors und sonstige Kameraden der Feuerwehrtage, sowie Freunde und Gönner des Feuerwehrtages, den Singchor bei dem stattfindenden Jubiläum Jubiläum finanziell kräftig unterstützen möchten. Bei Punkt 5, „Bericht über“ sprach Kamerad Hebel den Wunsch aus, daß die verehrlichen Verwaltungsratsmitglieder bei allen Kompagnien des Korps die Kameraden zum Beitritt in den Singchor und vor allen Dingen als aktive Mitglieder aufzufordern möchten, um etwas erprießliches und Nützliches im Gange sein zu können. Nach den Ausführungen eini ger weiterer Redner, die sich in gleichem Sinne äußerten, schloß um halb 1 Uhr der 1. Vorstand, Kamerad Keller, die in allen Teilen gut verlaufene Generalversammlung.

**• Der Verein „Kaiserliche Marine“** beging am Samstag, 2. Febr., in den Sälen des Ballhauses seinen 25. Geburtstag. Der Besuch des Festes war ein außerordentlich zahlreicher, namentlich waren sehr viele und hübsche Masken vertreten. Da eine Prämierung der 2 schönsten Maskenpaare ausgeschrieben war, hielt die Wahl sehr schwer, so daß 4 Paare zur ersten Wahl kommen mußten, von denen zwei durch das Los, gezogen aus dem roten Zylinder des Tanzmeisters, als glückliche Gewinner der ausgelegten Preise hervorgingen. Das erste Paar stellte Delfter

Vorgellan dar und hatte das Recht, die erste Polonaise anzuführen. Das zweite prämierte Paar stellte italienische Dubelstapler dar und durfte die 2. Polonaise anführen. Von den Gästen nahm im Verlauf des Abends das Verwaltungsratsmitglied des Vereins Delfter, Kamerad Hammele, das Wort. Er dankte im Namen der anwesenden Gäste und seines Vereins dem Marine-Verein für die freundliche Einladung und schloß seine Rede mit humorvollen Worten, die allgemeinen Anklang fanden, mit einem kräftigen Hoch auf den jetzigen Verein.

**• Der Verein für Schutz und Pflege einheimischer Singvögel,** der vor kurzem gegründet wurde, hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, gegen die hier bestehende gewerksmäßige Vogelfängererei energisch vorzugehen. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß eine solche hier tatsächlich besteht. Es gibt eine Anzahl arbeitsloser Vorküchen, die die Singvögel zu Duzenden fangen, sie ohne Speise und Wasser monatelang unter ihren Köden verborgen halten und sie abends in den Wirtschaften, namentlich der Redarvorstadt, verkaufen. Es kommt häufig vor, daß diese armen Vorküchen schon verhungert oder verdurstet sind. Die Handlungsweise dieser Vogelfänger zeigt nicht nur von einer verwerflichen Rohheit, sondern ist außerdem in doppelter Hinsicht strafbar, da sie gegen die Gesetze und Verordnungen über das Fangen von Singvögeln und das Verarbeiten von Lotterien gleichermäÙig verstoÙt. Ein weiterer Anlaß der genannten Vogelfänger besteht darin, daß sie gefangene Vögel die Federn andrupfen und sie dann wieder fliegen lassen. Natürlich gehen die Vorküchen jämmerlich zu Grunde. Ebenso roh und strafbar ist es, wenn sie die gerupften Vögel am Spieß braten. In alle unsere Mitbürger richten wir die herzlichste Bitte, sich uns anzuschließen, denn je kräftiger der Verein ist, umso energischer kann er den Kampf aufnehmen. Der Verein wird von Zeit zu Zeit auch belehrende Vorträge veranstalten und Wanderungen unternehmen, auf denen die Singvögel draußen in der Natur beobachtet werden sollen. Damit will der Verein auch zur Hebung der Freude an der Natur und zur Erweiterung der Naturkenntnis beitragen. Wir bitten ferner insbesondere die Vorküchen, und bedurch zu unterstützen, daß sie die oben erwähnten Lotterien und den Verkauf von Singvögeln in ihren Lokalen nicht dulden und die Täter zur Anzeige bringen. Anmeldungen für den Verein werden entgegengenommen bei Wirt Vallmann, Reichsbotenstr. 38.

**• Verein für Volkshilfe.** Der fünfte Vortrag des Herrn Professors Dr. Ernst Schwalbe war wiederum sehr zahlreich besucht. Am Mittwoch sprach er hauptsächlich von der Bekämpfung der Infektionskrankheiten, im Volksmund gewöhnlich „ansteckende“ oder „erbliche“ Krankheiten genannt. Um einer Seuchengefahr wirksam begegnen zu können, muß die Ansteckungsart streng durchgeführt werden. Der einzelne Kranke ist möglichst zu isolieren, wenn's nicht anders geht mit Gewalt: die Allgemeinheit hat ein Recht auf solche Schutzmaßnahmen. Nach überstandener Krankheit oder Tod ist die Leibe- und Bettwäsche sorgsam zu desinfizieren. Empfehlenswert ist auch die Desinfektion des Krankenzimmers. Als Desinfektionsmittel kommen Licht, Luft, Hitze, Kaldoberfl., Chloralkali, Sublimat, Karbolsäure, Jodol u. a. in Betracht. Ferner empfiehlt es sich, von Jugend an den Körper zu härten und zu härten durch vernünftige Ernährung, fleißige Lüftung der Wohn- und Schlafräume und tägliche Bewegung, zunächst in freier Luft. Bei der Tuberkulose spielen die ungenügenden Wohnungsverhältnisse eine große Rolle. Wenn man hier, daß die Opfer der Seuchendurchfälle mit der Wohnungswirtschaft zusammengebracht werden, dann besteht man die Wichtigkeit einer planmäßigen durchgeführten Wohnungsupervision. Eine für Mannheim aufgestellte Statistik möge hier folgen. Bei je 100 Geborenen war die Tuberkulose als Todesursache folgende in folgender Weise:

In Wohnungen von:

6 und mehr Zimmer	4-5 Zimmer	1-3 Zimmer bei einer Wohndichte von unter 2 Köpfen pr. Raum	2-3 Köpfe pr. Raum	mehr als 3 Köpfe pr. Raum
10,8 %	22,2 %	23,4 %	34,0 %	49,2 %

Diese Zahlen sprechen deutlicher, als lange Ausführungen. Höchst interessant waren auch die Darstellungen über die Boden (Küchert) und die Bodenreinigung. Der Redner hielt auf dem Standpunkt, daß die Schutz-Bodenreinigung ungewisshaft großen Segen gestiftet habe, daß zwar Impfschuttsungen noch nicht ganz vermeidbar seien, daß der Nutzen für die Allgemeinheit die Einzelfälle von Erkrankungen aber weit überwiege. An der Hand von lehrreichen statistischen Material wies er noch, wie seit Einführung der Impfung die Kosten fast verschwinden seien und wie die Länder mit Impfung weniger Erkrankungen aufzuweisen hätten als ohne dieselben. Mehrere Beifall lohnte den Redner, der nun am Mittwoch seinen Schlussvortrag halten wird.

**• Der Mannheimer Verein für weibliche Angestellte** veranstaltete am Mittwoch in dem bis auf den letzten Platz besetzten Ballsaal ein Konzert. Das Programm sowohl als die ausübenden musikalischen Kräfte fanden auf hoher künstlerischer Stufe. Die

schonischen Vieder von Beethoven mit Instrumentalbegleitung wurden von Fel. Lion Himmingshoff und warm vorgetragen. Das Largo des Doppelkonzerts von Bach für 2 Violinen wurde von Herrn Landgerichtsrat Reich und Herrn Rechtsanwalt Reichmar gartinnig und vollendet im Ton und Auffassung gespielt. Erfreulichen Beifall erntete Herr Dr. Mez mit einigen prägnanten Gesellen und Fel. Lion begeisterte mit einer Reihe herrlicher Vieder von Schubert, Bach und Beethoven die Zuhörer. Alle Mitwirkenden verhielten sich infolge des nicht erbensoftenden Beifalls in lebenswärtiger Weise zu Zuhören. Den Schluss des gelungenen Abends bildete das Comotrio von Mendelssohn, meisterhaft ausgeführt von Fel. Ketter, Herrn Landgerichtsrat Reich und Herrn Dr. Mez. Der herrliche Choral, welcher von Reichssohn so geschickt in den schwungvollen Schlusssatz verwebt ist, drückte dem weichen Abend den Stempel einer gehobenen Stimmung auf, die wir sowohl auf den Gesägtern der Zuhörer, als in den Augen der ausübenden Künstler mit Freude wahrnahmen. Ähnliche Veranstaltungen, häufig wiederholt, wären mit Freude zu begrüßen.

**Ernennungen, Verlegungen, Zurücksetzungen etc.**

der etatsmäßigen Beamten der Gehaltsklasse II bis K, sowie Ernennungen, Verlegungen etc. von nichtetatsmäßigen Beamten. Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Großh. Landes und der auswärtigen Angelegenheiten. — Staatsbahndirektion. — Befördert: in Lokomotivführern: die Referentführer Johann Drefel in Offenburg, Karl Gollon in Karlsruhe, Bureauadienter Bernhard Schöff in Freiburg wurde zum Schaffner und Weichenwärter Konstantin Gröbinger in Lauda zum Bureauadienter ernannt. — Etatsmäßig angestellt: Bahameister Anton Scherrer in Waldshut; die Lokomotivbeizer: Adolf Wehrer in Freiburg, Karl Friedemann in Karlsruhe, Untersteuermann Johann Moh in Konstanz, Schaffner Josef Börsig in Freiburg, Schaffner Johann Gleichauf in Freiburg; Eisenbahngeliste (Militärwärter) G. Bonn in Karlsruhe wurde unter die Zahl der Bureaugehilfen aufgenommen. — Versetzt: die Eisenbahnassistenten: August Giele in Waldshut nach Thuringen, Dominik Ebner in Thuringen nach Waldshut, Heinrich Daud in Dutenheim nach Waldshut, Eisenbahngeliste: Albert Kunzer in Dintergarten nach Schillingen, Ferdinand Sand in Schillingen nach Lauda; die Werkführer: Emil Koch in Karlsruhe nach Mannheim; der Lokomotivbeizer: Ludwig Heder in Billingen nach Heidelberg. — 3 Jahre befristet: Lokomotivführer Wilhelm Duns in Karlsruhe, bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit. — Gefördert: Bahameister August Seif in Graben-Remdorf, Lokomotivführer Emil Rambach in Karlsruhe.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Justiz, des Kultus und Inneren. Beamteneigenschaft verliehen: der Maschinenführerin Kathilbe Loh beim Amtsgericht Pforzheim. — Versetzt: die Aktiare: Wilhelm Hofmann beim Amtsgericht Freiburg zum Amtsgericht Kenzingen, Karl Schür beim Notariat Wertheim 1 zum Amtsgericht Freiburg, Karl Andauer beim Notariat Durlach 1 zu den Notariaten Durlach 2 und 3, Emil Würfel bei den Notariaten Pforzheim 1, 2 und 3 zu den Notariaten Pforzheim 4 und 5, Friedrich Walter bei den Notariaten Pforzheim 1, 2 und 3 zum Amtsgericht Karlsruhe, Bureauassistent Emil Sulann bei den Notariaten Pforzheim 4 und 5 zum Notariat Durlach 1. — Zugezogen: die Aktiare: Adolf Gros bei den Notariaten Durlach 2 und 3 den Notariaten Pforzheim 1, 2 und 3, Karl Diemer beim Amtsgericht Mannheim dem Amtsgericht Wiesloch. — Beurlaubt: Aktiar Josef Walter beim Amtsgericht Wiesloch befristet in den Dienst der Gemeinde Lodenburg.

Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums des Innern. Zugewiesen: Revisionsgehilfe Theodor Wörner in Lauderhofsheim dem Bezirksamt Wiesloch. — Entlassen aus Ansuchen: Verwaltungssaknar Ernst Weyer, zuletzt beim Bezirksamt Baden, Verwaltungssaknar Erwin Schilling, zuletzt beim Bezirksamt Waldshut, Schuhmann August Günther in Karlsruhe und Schuhmann Otto Kofler in Mannheim. — Karlsruhe, Verwaltungshof. — Gestorben: Ludwig Kofler, Wärtter bei der Heil- und Pflegeanstalt Pforzheim. — Oberdirektion des Wasser- und Straßenwesens. — Die Beamteneigenschaft verliehen: dem Bureaugehilfen Hermann Krammlopf bei der Wasser- und Straßenbauinspektion Wertheim; dem Landstreichwärtter Christian Wör in Dingen. — Entlassen: der Brückenwärtter Heinrich Seuhler in Dudenheim (wegen Kränklichkeit). Aus dem Bereiche des Großh. Ministeriums der Finanzen. Beamteneigenschaft. — Gestorben: Kassendienter Heinrich Horn. — Ernannt: Kassendienter Alexander Höl bei der Zollverwaltung zum Kassendienter bei der Beamteneigenschaft. — Zollverwaltung. — Etatsmäßig angestellt: die Grenzaußwärtter: Jakob Schulz in Dingselorf, Dionysius Speier in Dingselorf, Philipp Gerold in Redingen. — Gestorben: Hauptamtsdiener Wilhelm Grimm in Freiburg.

**Gesetzlich darf** in MAGGI-Original-Flaschen nichts anderes als echte MAGGI-Würze in Verkehr gebracht werden. Man lasse daher beim Kaufmann MAGGI-Würze nur in MAGGI-Flaschchen nachfüllen. 77141

**Kautschuk-Stempel**  
Breite Strasse 115  
eine Treppe  
Telephon 3129  
**JOSEPH DIEM**  
GRAVEUR  
MANNHEIM

**Kauft nur Neumanns Diamantkitt!**  
Kittet alle Gegenstände von Porzellan, Glas, Stein, Majolika, Metall und Steinzeug dauerhaft aus.  
37 Gewinne  
J. Stürmer  
Lotterie-Unternehmer  
Strassburg 1, E., Langst. 7.

**Achtung! Rote + Lose Nur 1 Mark!**  
des Großh. Landesvereins. Nächste Woche: Ziehung 23. Februar.  
3388 Bar Geld. Haupt-Gewinn Mk. 15.000  
Gewinne ohne Abzug! Mk. 44.000  
37 Gewinne Mk. 12.000  
3350 Gewinne Mk. 17.000  
II Lose Mk. 10.—, Porto u. Liste 30 Pfg.  
Nachnahme teuer empfiehl: J. Stürmer

**Fr. Hoffstaetter**  
Louisenring 61 Telefon 561. Louisenring 61  
empfehl in bester Qualität alle Sorten  
**Ruhrkohlen, Ruhrkoks, Gaskoks**  
Antracit-Eiform, Stein- und Braunkohlen-Briketts,  
sowie Taunen- und Buchenholz  
zu den billigsten Tagespreisen.  
Bestellungen u. Zahlungen können auch bei Fr. Hoffstaetter Jr. T. 6, 34, 1 Tr. gemacht werden.

**Ohne Wert**  
und alle Scherzartikel, wenn die vorläufige Bezahlung nicht bezahlt ist, es ist, wöchentlich 2 bis 3 mal 1 Koffee bei  
Dr. K. Webers  
Familienfee  
zu trinken, denn er hilft bei allen Krankheiten, er ist ein gutes Mittel, um die Verdauung zu fördern, er ist ein gutes Mittel, um die Verdauung zu fördern, er ist ein gutes Mittel, um die Verdauung zu fördern.  
Bassermann & Co., Mannheim.

**30 tote Ratten!**  
Für den mit in diesen Herbst geschickten „Rattentod“, durch welchen ich in einem Tage 30 tote Ratten (mit und ohne 20 Tagen vollständig befreit wurde, trage ich Ihnen das beste Zeugnis und empfehle J. Roth, Rattentod.  
Solche Rattenmengen lassen täglich eine für einen Tag, die Reinigung der Ratten und Mäuse, empfangen diese frischen, extra zubereiteten „Rattentod“ mit unfehlbar sicher wirkender „Witterung“. Quarzieren und schenken Sie sich 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.  
Johann Gau.

**Damen-Frisier-Salon**  
No. 1, 13, 14, 15  
Feinsten im Mannheimer 30 Pfg. Friseur mit Hauptauszeichnung 80 Pfg. u. Kopfhaare in und außer dem Haus.  
Johann Gau.

### Benennungsmachung.

Die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Reichsbankantwärtler (§ 18 des Statuts der Reichsbank vom 21. Mai 1875) wird hierdurch auf Dienstag, den 5. März d. Js., vormittags 11 Uhr berufen, um den Verwaltungsbericht nebst der Bilanz und Gewinnberechnung für das Jahr 1907 zu empfangen und die für den Zentralauschuss nötigen Wahlen vorzunehmen (§ 21 a. a. O.).

Zur Teilnahme ist jeder männliche und verfügungsfähige Anteilhaber berechtigt, welcher durch eine Vollmacht vom Reichsbankpräsidenten im Archiv der Reichsbank, Jägerstraße Nr. 34/36 hier, während der Geschäftsstunden abzugeben die Bescheinigung nachweist, daß und mit welchem Kennbetrage von Anteilen er in den Stammbüchern der Reichsbank als Eigner eingetragen ist.

Die Versammlung findet im Reichsbankgebäude, Jägerstraße Nr. 34/36 hier, statt.

Berlin, den 6. Februar 1908.

Der Stellvertreter des Reichsbankpräsidenten.

v. Bethmann-Hollweg.

**Süddeutsche Bank, Mannheim, D 4, 910**  
Telephon Nr. 250, 541 u. 1964. — Filiale in Worms.

Eröffnung von laufenden Rechnungen mit und ohne Kreditgewährung.

Provisionsfreie Check-Rechnungen und Annahme verzinslicher Baar-Depositen.

Annahme von Wertpapieren zur Aufbewahrung in verschlossenen und zur Verwaltung in offener Zustände.

Vermietung von Tresorschränken unter Selbstverschluß der Mieter in feuerfestem Gewölbe.

Aus- und Verkauf von Wertpapieren, sowie Ausführung von Börsenanträgen in der Mannheimer und allen auswärtigen Börsen.

Besondere Abteilung für den An- und Verkauf von Werten ohne Börsenantrag.

Discontierung und Einzug von Wechseln auf das In- und Ausland zu billigen Sätzen.

Anstellung von Checks und Accreditiven auf alle Handels- und Verkehrsplätze.

Einzug von Coupons, Dividendenscheinen und verlosenen Effekten.

Verlosung von Wertpapieren gegen Consvverlust und Controlle der Verlosungen.

### Evangel. Bund

Mittwoch, 11. Febr. d. Js., abends genau 7/8 Uhr im oberen Saale des „Gildhaus“, P 5, 9

### Generalversammlung.

**Tages-Ordnung:**

1. Die gegenwärtige Lage und der Gang „Evangel. Bund“, Vortrag des Herrn Prof. Dr. D. Thoma, Karlsruhe, Vorsitzender des ev. Landesvereins.
2. Jahresbericht (auch der Frauengruppe).
3. Rechnungsablegung.
4. Organisationsfragen.
5. Wünsche und Anträge der Mitglieder.

Hierzu ladet die Mitglieder, Damen wie Herren, mit der Bitte um zahlreiche Beteiligung freundlich ein.

Der Vorstand.

77294

**Die Töchter des Erfinders**

20 jähriger Erfolg! Nur echt mit nebenstehendem Bild. Uhlmann's Peruanisches Tannin-Haarwasser.

Fl. 1.75 u. 3.50, mit und ohne Fottgehalte.

August Kundi, L. H. 7.  
Ph. Kuhn, Bahnhofsplatz 3.  
Jean Kös, D. 2, 6.  
Jacob Sattel, P. 5, 18.  
Robert Hess, C. 1, 2, (Flora-Parl.).  
Ad. Link, Rheinlandstrasse 28.  
Herm. Geier, Drogerie, Mittelstrasse 54.  
Georg Feltig, C. 1, 15.  
Georg Eger, Schwetzingenstrasse 79.  
Wilhelm Malsch, C. 1, 8.  
Xaver Kaut, Jungbuschstrasse 3.  
L. Leuning Wwe., Frisoos, P. 5, 27.  
Aug. Janning, Neckenheimerstrasse 28.  
Jos. Vogt, C. 1, 12.  
Heinr. Herkle, Drogerie, Gontardplatz 2.

Alleiniger Vertreter und Depot:  
**Otto Hess** E 1, 10, 1. St.  
Filiale: C 1, 3, an-grös und an-detaill.

P 5, 2/3  
Tel. 3039. **P. Bauder** Durlacher Str. P 5, 2/3.

**Rechts- und Vermittlungsagentur**  
empfiehlt sich für: 76643  
Betreuung beim Gemeindericht, bei Nachlassverteilungen, Grundstücks-Versteigerungen, Betreibung unbestrittener Forderungen, Vermittlung von Immobilienkäufen, Hypotheken, Cessionen, Associationen, Auffertigung von Verträgen, Hausverwaltungen etc.

### Konkurs-Verfahren.

Nr. 1348. Ueber das Vermögen des Ludwig Horn, Inhaber der Firma Ludwig Horn in Mannheim, M. 4, 7 wurde heute vormittags 12 Uhr ein Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt Dr. Hartmann in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis zum 6. März 1908 bei dem Gericht anzumelden.

Sogleich wurde zur Befriedigung der Gläubiger über die Bilanz eines definitiven Verwalters, über die Befreiung eines Gläubigerausschusses und einmündigen Falles über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände mit:

Freitag, den 6. März 1908, vormittags 11 Uhr

sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf Freitag, den 20. März 1908, vormittags 11 Uhr

vor dem Groß. Amtsgericht Kreisg. 13, 1. Obergericht, Zimmer Nr. 118, Saal C, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schulden, ist aufgegeben, nicht an den Gemeindefiskus zu veräußern oder zu leisten, auch die Verpflichtung aufzuerheben von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befreiungen in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. März 1908 Anzeige zu machen.

Mannheim, 10. Febr. 1908.

Der Gerichtsarbeiter  
Dr. Waidgerichs Hof. 13, 2. St. 12.

### Zwangs-Versteigerung.

Am Mittwoch, den 12. d. M., nachmittags 2 Uhr,

werde ich im hiesigen Landratsamt Q 4, 3 gegen Versteigerung im Vollstreckungsweg öffentlich veräußern:

1. 1 Piano, Seiten, Möbel versch. Art; hierzu anschließend am Pianobrett, welcher bekannt gegeben wird: 57676  
Wegerechtsmehln u. Getreide, Mannheim, 11. Februar 1908, Hauptz. Gerichtshof.

### Zwangs-Versteigerung.

Mittwoch, 12. Februar 1908, nachmittags 2 Uhr,

werde ich in Q 4, 3 hier gegen das Vermögen im Vollstreckungsweg öffentlich veräußern:

20 Stücken Zigarren und 20 Stk. 57672  
Mannheim, 11. Februar 1908, Gerichtshof.

### Wer

ohne mit seinem Namen an die Geschäftsstelle treten zu wollen, irgend

### etwas

zu kaufen, zu verkaufen, zu mieten, zu vermieten, wer Verdonal, Vertreter, Beteiligung, Stellung etc.

### sucht

und sich zu diesem Zweck der Annahme bedienen will, wenn er sich mit Vorteil an die

### Annoucen-Expedition

**Rudolf Mosse**  
MANNHEIM  
Planke P 14 (Thomasstraße)

Diese nimmt die einlaufenden Offerten in Empfang und hält sie dem Intendanten unerschlossen und unter Wohnung besonderer Aufsicht zu. Ueber zweckmäßige Abhaltung und anständige Ausstattung der Annoucen, Wahl der geeigneten Zeitungen wird bester Auskunft erteilt.

Grüßend an Rosen, Zeit und Arbeit.

### Sofort Geld

23. 10 - 23. 10  
Geldes Verkauft auf Möbel und Waren, welche mir zum Verkauf oder zum Versteigern übergeben werden. 46339

**Für Costüme u. Kleider**  
110 cm. breite ganz schwere Beige  
reine Wolle per Mtr. 1<sup>50</sup> sonst 2.50  
**F 2,7 J. Lindemann F 2,7**

### Der verehrlichen Geschäftswelt

Die Annoucen-Expedition  
**S. Servos, Mannheim**  
(Agentur der Kölnischen Zeitung)

C 1, 16 Telephon-Nr. 2745 C 1, 16

wird unter Leitung eines im Zeitungs- und Inseratenwesen erfahrenen Geschäftsführers wieder in vollem Umfange betrieben. Es wird gebeten, alle zur Vermittlung durch obige Expedition ostimierten Aufträge an diese direkt einzusenden bzw. ihrem Vertreter Hrn. A. Spreite gef. übergeben zu wollen.

Prompte Besorgung der Inserate an alle in- und ausländischen Zeitungen zu gleichen Preisen wie im direkten Verkehr. — Genaue Kostenanschläge. — Hilfsbereite Unterstützung bei Entwürfen und in allen Fragen des Reklamewesens. 77201

### zur gefl. Beachtung.

**Talanda Ceylon-Thee**  
Original-Bastpackung  
1/2 kg M. 0.60  
1/4 kg M. 0.75, 0.90

Er. Bacher, S 0, 19.  
Ferdinand Beck, J 3a, 1.  
Daniel Hecker, O 6, 3.  
H. Herrmann, P 5, 15.  
Josef Bauer, H 4, 24.

### „Feuerio“ Verkauf

Wittwoch, 12. Februar 1908, abends 8 1/2 Uhr im Bürgerl. Saalhaus J. Hofstr. Q 4, 11

### karneval. Sitzung

mein wir mit vereinter, vorerwähnter, am 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Bürgerl. Saalhaus J. Hofstr. Q 4, 11

### Stellen finden

**junger Mann**  
für häusliche u. Buchhaltungsarbeiten in größerem kaufmännischen Bureau zum sofortigen Eintritt gesucht. Off. unter Nr. 57663 an die Exped. 10. St. 12.

Wichtig! zum sofortigen Eintritt tüchtiger Heilpäd. bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung. Chemische Fabrik, Friedr. Curtius, Zwickburg a. Rh. 57677

Annoucen-Acquisiteur für neue erfindliche Hochdruckdruck. Offerten mit Nr. 18093 an die Exp. d. Bl.

**Gefunden.**  
Samstag nachmittag im Versammlungssaal des Hofes garden eine goldene Brille. Abgeh. Gollnitzer 8, 27. 1.

**Vermischtes.**  
**Heirat**  
wünscht tüchtig, erreg. Frau, vom Lande, 29 Jahr. kathol., 6000 RM. Vermögen mit gut sitzender. Privat, Staatsbeamter, aber besser. Gehaltsmann. Discretion Gewandte. Off. u. A. B. Nr. 18072 an die Exped. dieses Blattes.

**Fräulein**  
als Altred perfekt in Stenographie und Schreibmaschine findet dauernde Stellung. T 2, 18. Laden. 57678

**Per sofort**  
wird zur Kaufhilfe auf ca. 1 Monat ein **gewandtes Fräulein** von großer Fedeltät gesucht, welche Photographieren und auch die Schreibmaschine (Fischer & Hoffmann) bedienen kann. Es wird auch auf eine gute Handarbeit Wert gelegt. Spätere feste Anstellung nicht ausgeschlossen. Off. nebst Gehaltsansprüchen wolle man unter Nr. 57680 an die Exped. d. Bl. senden.

**Abonnement D (H. Rang)**  
Borderelei sofort abzugeben. Näheres Expedition. 18076

**Tüchtige Kleidermacherin**  
empfiehlt sich im Aufbereiten aller Kostüme sowie im Ausbessern. 18075

**Sedensheimerstraße 88, S. 24.**

### Leser dieser Zeitung

Können sich mit Leichtigkeit ein sicheres, hohes Einkommen verschaffen. Offerten unter Nr. 77277 an die Expedition des Blattes.

Bei grosser Firma (Aktien-gesellschaft) finden gut beleumundete, redgew. Herren aus allen Kreisen feste Anstellung, bei sofortiger Bezahlung. Offert. unter Nr. 18081 an die Expedition.

### Stellen suchen

**Junge Dame** sucht Stelle als Buchhalterin per 1. April. Off. unter Nr. 18080 an die Expedition d. Bl.

**Ein anständiges Mädchen** das sehr gut kochen kann, lang. Jungf. hat, und Hausarbeiten übernimmt, sucht Stellung auf 1. April. Off. unter Nr. 18079 an die Expedition d. Bl.

**Ein braves junges Mädchen** sucht Stelle als Buchhalterin 19071 Näheres Herrschaftsbureau Bärbel, H 4, 17.

**Lehrerin für Kinderg. u. Schulpf.**  
sucht Stelle. Näheres Bärbel, H 4, 17. mit Herrn-Bureau Bärbel.

**Tüchtige I. Garniererin**  
sucht in einem Drogengeschäft per sofortige Stellung. Off. unter Nr. 18078 an die Exped. d. Bl.

### Mietgesuche.

**Dame** sucht für 15. Februar mit 1. Zimmer (inkl. Heiz.) oder Aufnahme in Haus. v. d. Hoff, in der Nähe vom Paradeplatz. Off. bis 13. Febr. u. Nr. 18073 an die Exped. d. Bl.

**Qui möcht. Zimmer** mit jepe. 2. räum. Wohnung für 1. April. Offert. mit Bescheid. unter Nr. 57688 an die Exped.

**Suche per sofort** grosser gut möbl. Zimmer, Heizungsanlage, gute Heizung. Off. u. A. B. Nr. 18082 an die Expedition d. Bl.

**Woll. Haus** mit 1. Zimmer, inkl. 1. St. 12. Näheres Bärbel, H 4, 17.

### Möbl. Zimmer.

**S 2, 12** gut möbl. Zimmer mit jepe. Heizung zu verm. 17983

**S 2, 15** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 57884

**T 1, 24** elegant möbl. Zimmer zu verm. zu verm. 17989

**T 6, 26** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**T 6, 17** 1. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 5, 6, 1** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 5, 21** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 6, 13** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 6, 13** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 6, 13** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 6, 13** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 6, 13** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 6, 13** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989

**U 6, 13** 2. St. gut möbl. Zimmer zu verm. 17989